

Volksrecht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“.

Bezugspreis: Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volksrecht“, Neue Gruppenstraße Nr. 5 und Neue Poststraße 11, durch die Zweigstellen, Zigarrengeschäft Reichelt, Hauptstraße 140, sowie durch alle Buchhändler zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmt. + 8 Pf. Trägerlohn + 0,50 Rmt. monatlich 1,76 Rmt. + 36 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rmt. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2,48 Rmt.

Organ für die werftätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3142
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5652.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Pfl. Breslau

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellenangebote, Verleumdung, Verleumdung und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hauptstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Endlich Handelsvertrag mit Frankreich

Wesentliche wirtschaftliche und politische Fortschritte.

(Für einen Teil der Auflage wiederholt!)

Paris, 17. August. Havas gibt um 10 Uhr bekannt, daß das deutsch-französische Handelsabkommen heute früh vom Handelsminister Bokanowski und Ministerialdirektor Pöffe unterzeichnet worden ist. Die Unterzeichnung durch den Minister des Auswärtigen, Deland, und Vizepräsident von Socy wird später im Laufe des Tages folgen.

Ueber den Inhalt des am Mittwoch abgeschlossenen deutsch-französischen Handelsvertrages erfahren wir folgendes:

Frankreich hat Deutschland hinsichtlich der Niederlassung, der Einreise, der Errichtung von Konsulaten usw. das volle Meistbegünstigungsrecht zugestanden; jedoch sind Einzelausnahmen gemacht worden. So soll die Einrichtung von Konsulaten in Elsaß-Lothringen von Fall zu Fall vereinbart werden. Im Gegensatz hierzu hat Deutschland in Elsaß-Lothringen in der Zeit von 1871—1914 die Einrichtung von französischen Konsulaten nicht gebuhlet. Bezüglich der Konsulate in den Kolonien (Marokko und Indochina) sind ebenfalls gewisse Ausnahmen gemacht worden. Soweit der Waren- und der Schiffsverkehrsverkehr in Frage kommt, hat Deutschland die Meistbegünstigung erhalten. Diese tritt aber für Indochina erst in Kraft, wenn die gegenwärtig schwebenden französisch-spanischen Handelsvertragsverhandlungen zum Abschluß gelangt sind. Für Marokko ist der Waren- und Schiffsverkehrsverkehr zugestanden worden, jedoch nicht das Recht der Niederlassung.

Der Schwerpunkt des ganzen Vertrages ist — weshalb man auch die Einschränkungen in Marokko und Indochina deutscherseits in Kauf nahm — natürlich die Regelung der künftigen Zollbeziehungen. Es ist nicht ganz einfach, den im deutsch-französischen Handelsabkommen vereinbarten Zollmechanismus zu veranschaulichen. Deshalb sei folgendes vorausgesetzt: Deutschland gewährt den Ländern, mit denen es einen Vertrag abschließt, das Recht der Meistbegünstigung. Vereinbart Deutschland mit irgendeinem Vertragsland einen Zoll, so tritt dieser Zoll für alle anderen Länder in Kraft, mit denen Deutschland Handelsabkommen besitzt. Für die Wareneinfuhr aller Länder kommt also immer nur ein Zoll in Frage. Anders liegen die Dinge im französischen Zolltarif. Man unterscheidet zunächst einen Generaltarif mit Höchstzölen und einen Minimaltarif mit Niedrigzölen. Die Zollfestsetzung kompliziert sich weiter dadurch, daß den einzelnen Ländern, je nach der Situation, ein Tarif eingeräumt wird, der zwischen dem Minimal- und Generaltarif liegt. Außerdem muß man zum Verständnis der Regelung wissen, daß Frankreich seit Monaten daran ist, sein Zolltarifgesetz einer Revision zu unterziehen, um zu höheren Sätzen zu kommen. Mit der endgültigen Regelung ist aber zum mindesten vor dem Frühjahr 1929 nicht zu rechnen.

Die zwischen Deutschland und Frankreich vereinbarte Zollregelung unterscheidet von Deutschland nach Frankreich einzuführende Waren, die nach dem französischen Minimaltarif verzollt werden. Diese Waren sind in einer Liste A zusammengefaßt. Daneben existiert eine Liste D. Sie enthält Waren, für die der französische Generaltarif gilt. Es sind in der Hauptsache solche deutsche Exportartikel nach Frankreich, die für den deutschen Export ohne größeres Interesse sind. Die Liste soll nach der Vereinbarung am 15. Dezember 1928 fortfallen. Diese Exportwaren kommen dann in den Genuß des Minimaltarifs, eine weitere Liste C enthält solche Waren, deren Zollsätze zwischen dem Minimal- und Maximaltarif liegen. Der Fortfall dieser Regelung ist auch, gerade wie bei der Liste D, für den 15. Dezember 1928 vorgesehen.

Wichtig ist die Liste B. Sie umfaßt die Waren, die für den deutschen Export nach Frankreich von größter Bedeutung sind. Für sie hat man neue Sätze ausgehandelt, die, gemessen an dem bisherigen französischen Minimaltarif, teilweise günstiger und (was mehr zuzutreffen scheint) teilweise ungünstiger liegen. Im großen und ganzen aber kann gesagt werden, daß die in Paris ausgehandelten Sätze nicht an die in der neuen französischen Zolltarif-Novelle vorgesehenen Sätze heranziehen, aber über dem bisherigen Minimaltarif liegen. Sie werden sozusagen den neuen französischen Minimaltarif abgeben, da die französische Regierung eine diesbezügliche Ermächtigung erhalten hat.

Festzustellen ist allerdings, daß die so getroffene Regelung nichts von einem Abbau der französischen Zölle verrät. Die Sätze, an denen die Franzosen festhalten, stehen ohne Zweifel im schroffen Widerspruch zu den Empfehlungen der Genfer Wirtschaftskonferenz und der Rundgebung der Internationalen Handelskammer in Stockholm. Für Deutschland gab es keine Möglichkeit, das Zollniveau in den Verhandlungen

weiter zu senken. Es war, im Vergleich zu den anderen Ländern, Frankreich gegenüber in einer äußerst ungünstigen Situation, weil für Deutschland bezüglich der wichtigsten deutschen Exportwaren vor Beginn der Verhandlungen durchweg der Generaltarif mit seinen Höchstzölen galt.

Kr. Endlich ist nach dreijährigem Ringen ein Handelsabkommen zwischen Deutschland und Frankreich abgeschlossen worden. Die Verhandlungen, die sich fast endlos hinzogen, immer wieder unterbrochen wurden, haben indessen nun zu einem Ergebnis geführt, das man im großen und ganzen auf deutscher Seite begrüßen kann. Zwar handelt es sich auch bei diesem Vertrag formell wiederum nur um ein Provisorium, das vorläufig bis zur Mitte des Jahres 1929 läuft (der erste Kündigungstermin ist auf den 1. April 1929 festgesetzt, das Inkrafttreten auf den 5. September 1927), aber das Provisorium erstreckt sich doch über eine so lange Frist, daß eine gewisse Stabilität in dem Warenverkehr zwischen Frankreich und Deutschland wenigstens für die nächsten zwei Jahre garantiert ist. Wahrscheinlich sogar für längere Zeit, da der Vertrag automatisch weiterläuft, wenn er nicht gekündigt wird, und da das außerordentliche Kündigungsrecht, das die französische Regierung für den Fall vorbehalten hat, daß der französische Zolltarif, der in den nächsten Jahren erlassen werden soll, eine Änderung des Handelsvertrages notwendig macht, kaum praktische Bedeutung gewinnen wird, weil der Vertrag bereits mit Rücksicht auf diesen Zolltarif abgeschlossen worden ist. Diese Rücksichtnahme auf die bevorstehende Änderung des französischen Zolltarifs war es ja gerade, die neben anderen Umständen die Verhandlungen noch im letzten Halbjahr immer wieder hinausögerte. Außerdem aber umfaßt der Vertrag den ganzen wechselseitigen Handel, nicht nur wie die früheren Provisorien einen Ausschnitt aus ihm.

Wenn man nun diesen Vertrag betrachtet, so ist in wirtschaftlicher Beziehung für ihn zweierlei Charakteristisch. Einmal, daß wir bereits jetzt in großem Umfange das Recht der Meistbegünstigung erhalten und daß vom 15. Dezember 1928 an die Meistbegünstigung von uns in vollem Umfange erlangt wird. Das bedeutet praktisch, daß nicht nur der französische Zolltarif tatsächlich stark in seiner Wirkung beschränkt wird, sondern vor allen Dingen auch, daß Deutschland wieder im Wettbewerb mit den anderen nach Frankreich Waren einführenden Ländern völlig auf gleichen Fuß gestellt wird, so daß die deutsche Einfuhr nach Frankreich von jetzt ab wieder unter den gleichen Bedingungen stattfindet, wie der Handel anderer Länder mit Frankreich. Denn auf Grund des Meistbegünstigungsrechts müssen, soweit diese Meistbegünstigung reicht und sobald sie in Kraft tritt, alle Zollermäßigungen, die irgend ein Land in einem Handelsvertrag mit Frankreich bereits erreicht hat oder in Zukunft noch erreicht, automatisch auch Deutschland gewährt werden. Das aber ist für die deutsche Einfuhr nach Frankreich viel wichtiger, als die Höhe der französischen Zollsätze, da unsere Einfuhr doch weniger auf Kosten der einheimischen französischen Industrie gesteigert werden kann, als auf Kosten der mit uns in Wettbewerb stehenden anderen Importländer. Eine Ausdehnung unseres Exports nach Frankreich in dieser Richtung ist ja auch für die Aufrechterhaltung guter Handelsbeziehungen zu Frankreich besonders wichtig, zumal solange Frankreich noch so außerordentlich protektionistisch eingestellt ist und jede Zurückdrängung seiner einheimischen Industrie vom französischen Binnenmarkt durch ausländische Konkurrenz mit einer Erhöhung der Zollsätze beantwortet.

Indessen ist die handelspolitische Freizügigkeit, die der Vertrag in den Grenzen der bestehenden Zolltarife schafft, doch noch nicht vollständig, denn es befinden sich in dem Vertrag doch noch manche Warengruppen, für die noch Einfuhrbeschränkungen bestehen geblieben sind und zwar teils in der Form, daß unmittelbar das Einfuhrkontingent beschränkt wurde, teils in der Form, daß höhere Zölle für diese Warengruppen bezahlt werden müssen. Demgegenüber stehen auch gewisse Einfuhr-

beschränkungen nach Deutschland, besonders in bezug auf den Wein; für den ein festes Einfuhrkontingent von 360 000 Doppelzentnern festgesetzt worden ist. Diese Beschränkungen des Meistbegünstigungsrechtes jedoch gelten nur noch bis zum 15. Dezember 1928 und fallen dann fort.

Wie man leicht erkennen wird, beruht der deutsch-französische Handelsvertrag auf einem richtigen Ausgleich, in dem wechselseitig für jedes kleine Zugeständnis von der anderen Seite eine Gegenleistung verlangt wurde. Diese Art der Verhandlungsführung ist auch der Grund, weshalb die Verhandlungen so lange gedauert haben. Die Verhandlungen für diesen Handelsvertrag sind ein klassisches Beispiel dafür, wie Handelsvertragsverhandlungen, die wirklich einen handelspolitischen Ausgleich herbeiführen sollen, nicht geführt werden sollen. Trotz der handelspolitischen Fortschritte macht deshalb der Vertrag im ganzen gesehen noch einen gequälten Eindruck. Ihm fehlt jede handelspolitische Großzügigkeit. Das muß gesagt werden, obwohl im einzelnen die für Deutschland erzielten wirtschaftlichen Vorteile nicht unerheblich sind. Der Grund für diese Art der Verhandlungsführung liegt darin, daß auf beiden Seiten die Verhandlungen nicht unter Zugrundelegung des volkswirtschaftlich Notwendigen geführt worden sind, sondern daß die Verhandlungen von den verschiedenen Interessentengruppen immer wieder beeinflusst, ja teilweise sogar beherrscht wurden. Kein Wunder bei Regierungen, wie sie gegenwärtig auf beiden Seiten bestehen, die keine Vertretung der großen Masse des Volkes sind, sondern von bestimmten mächtigen Interessentengruppen abhängen. Auf deutscher Seite kommt hier vor allen Dingen das Großindustriellentum in Frage, das mit seinem wirtschaftlichen Egoismus die Verhandlungen immer wieder gefährdet hat und noch zum Schluß den Abschluß beinahe unmöglich gemacht hätte.

Besonders begrüßenswert ist der Vertrag deshalb, weil er auch politisch einen großen Fortschritt darstellt. Und zwar nicht nur deshalb, weil er zum Teil auch unmittelbar politische Fragen im ganzen in zufriedenstellender Weise regelt und sie dadurch bereinigt, sondern weil überhaupt jeder Handelsvertrag auch große politische Bedeutung hat. Sind doch die handelspolitischen Beziehungen zwischen zwei Ländern sehr oft ausschlaggebend für das politische Verhältnis der betreffenden Länder zueinander. Es sei für die Vorkriegszeit nur erinnert an das Verhältnis Serbiens zu Oesterreich-Ungarn, das nicht zuletzt deshalb so schlecht war, weil Ungarn seine Grenze gegen Serbien für den Schweine- und Hammel-Import öffnete, so daß Serbien sein wichtigstes wirtschaftliches Aktivum nicht verwerten konnte. Für die Nachkriegszeit sei daran erinnert, daß auch unser politisches Verhältnis zu Polen seit Jahren stark unter dem Zollkrieg leidet, der immer noch zwischen Polen und Deutschland herrscht. Und sicherlich ist auch unser Verhältnis zu Frankreich dadurch bisher recht ungünstig beeinflusst worden, daß wir uns mit ihm bislang handelspolitisch nicht einigen konnten. Wenn nun normale Handelsbeziehungen einsehen werden, wie auf Grund dieses Vertrages zu hoffen ist, wird sich auch das politische Verhältnis sicherlich verbessern.

Daß der Vertrag selber aber schon eine Verbesserung dieses politischen Verhältnisses darstellt, zeigen seine politischen Bestimmungen. Wir meinen die Gewährung des Niederlassungsrechtes für Deutsche in Frankreich und seinen Kolonien und das Recht, in Frankreich und in den Kolonien Konsulate zu errichten. Durch diese Bestimmungen wird uns nicht nur politisch auch in dieser Beziehung die gleiche Stellung eingeräumt wie den anderen Ländern in Frankreich, sondern in einem sehr wichtigen Punkte werden uns sogar mehr Rechte eingeräumt, als Frankreich in der Zeit zwischen dem Weltkrieg und dem Weltkrieg in Deutschland besaß. Wir meinen damit das Recht, auch in Elsaß-Lothringen Konsulate zu errichten, ein Recht, das, wie in dem vorstehenden Bericht bereits betont, Frankreich vor dem Krieg in Elsaß-Lothringen nicht hatte. Die in dieser Beziehung zunächst noch gemachten Ausnahmen werden in den nächsten Jahren wohl auch verschwinden. Sie sind ja nicht sehr erheblich. Wie groß die politische Bedeutung dieser Bestimmungen ist, kann man daran erkennen, wie schwierig die Einigung in dieser Frage gerade auch mit Polen war und wie gerade das bisherige Scheitern des Handelsvertrages mit Polen immer wieder dadurch verursacht wurde, daß in der Niederlassungsfrage keine Einigung erzielt werden konnte.

So kann man zusammenfassend sagen, daß die politische Bedeutung dieses Vertragsabkommens gerade unmittelbar vor dem Zusammentritt des Völkerbundes

In Genuß und der Wiederaufnahme der Verhandlungen über die Verminderung der Rheinlandbesetzung sehr groß ist. Daneben wird aber auch die wirtschaftliche Bedeutung nicht zu unterschätzen sein. Zumal im Hinblick darauf, daß wir uns der Zeit nähern, indem wir die ganze Schwere unserer Reparationsverpflichtungen empfinden werden, ist die Erreichung dieser Regelung, die der Stärkung unseres Exports dient, sicherlich von besonders hohem wirtschaftlichem Wert.

Dämmert es im Reichswehrministerium?

Ein Flaggenerlaß des Reichswehrministers.

Berlin, 17. August. (Eigener Bericht.) Im Reichswehrministerium scheint man in politischer Hinsicht auf dem Wege zu einem neuen Kurs zu sein. Der entschiedenen Absage Weisers an die unerbittlichen Ansprüche der Republik ist jetzt ein Flaggenerlaß des Reichswehrministers gefolgt, von dem wir als Republikaner mit einer gewissen Anerkennung Kenntnis nehmen. Von unserer Skepsis gegenüber der Politik des Reichswehrministers geben wir damit zunächst nichts auf. Aber es sollte uns freuen, wenn man sich in Zukunft nicht nur den Anschein zu einem neuen Kurs geben, sondern auch die notwendige Entschlossenheit hierzu zeigen würde. Wir werden die ersten sein, die das in jedem Falle in gewöhnlicher Form anerkennen. Vorläufig aber bleibe Vorzicht am Platze.

Der Flaggenerlaß des Reichswehrministers datiert vom 15. August. Er regelt die Besetzung der militärischen Dienstgebäude und der Privatwohnungen der Wehrmacht Angehörigen in dem Sinne, daß in Zukunft bei amtlichen Festlichkeiten dort, wo mehrere Fahnenstangen auf militärischen Gebäuden vorhanden sind, neben der eigentlichen Kriegsflagge auch die schwarzrotgoldene Reichsflagge gehißt werden muß. Ebenso dürfen die Privatwohnungen der Wehrmacht Angehörigen künftig nicht mehr schwarzweißrot, sondern nur noch schwarzrotgold beflaggt werden. Auch an Privatpersonen vermierte Reichswehrgebäude müssen sich jetzt an nur mit schwarzrotgoldenen oder mit sonstigen „amtlich zugelassenen Fahnen“ beflaggt werden. Der Erlaß bestimmt ausdrücklich, daß entsprechende Zusätze in Mietkontrakten festzusetzen sind, und falls sich hier irgendwelche Schwierigkeiten ergeben sollten, dem Mieter für den nächstfolgenden Termin die Kündigung zuzustellen ist. Auch für Schleifensiränge der Wehrmacht und deren Angehörigen gestifteten Kränze ist Schwarzweißrot in Zukunft verboten. Endlich wird in der erfreulichen Verfügung Weisers noch darauf hingewiesen, daß in den Anträgen zur dienstlichen Bestellung der Truppe zu nicht dienstlichen Veranstaltungen vor der Genehmigung ausdrücklich die Hisung der schwarzrotgoldenen Fahne verlangt werden muß, falls die Absicht besteht, überhaupt in irgendeiner Form zu flaggen. Wird bei diesen nichtdienstlichen Veranstaltungen schwarzrotgold nicht gehißt, dann muß nach dem Erlaß die Genehmigung zur Beteiligung von Reichswehrangehörigen verweigert werden.

Die Reichspressen sind über diesen Erlaß natürlich außer sich, obwohl ihr in der Begründung der neuesten Verfügung des Reichswehrministers aus verständlichen Gründen eine ganze Reihe von Konzessionen gemacht werden. Auf sie hätte Herr Weiser besser verzichtet und statt dessen darauf hingewiesen, daß die verfassungsmäßigen Farben des Reiches schwarzrotgold sind und auch dem Reichspräsidenten von Hindenburg amtliche deutschnationalen Minister auf sie den Eid geleistet haben. Aber schließlich wollen wir ihm diese Unterlassungsfälle nicht allzu sehr verübeln. Sicher ist, daß der Erlaß weniger aus der reinen Vernunft, als aus der allgemeinen Stimmung heraus entstanden ist. Diese Stimmung in den Volksmassen fordert heute trotz der Bürgerblockregierung aber gerade wegen ihr eine immer härtere Anerkennung der republikanischen Symbolik. Im Vergleich hierzu bedeutet der Kampf der Reichspressen gegen Schwarzrotgold nichts anderes als ein überhöhtes Gesetzt um eine nur noch scheinbar bestehende Position.

Kr. Wir erlauben uns, noch sehr zu bezweifeln, daß sich durch diesen Erlaß praktisch etwas ändern wird. Dazu fehlt in den nachgeordneten Kommandostellen einfach der gute Wille. Denn Gehorsam und Disziplin herrschen in dieser Reichswehr, wie uns täglich neue Freiheiten Reichswehrangehöriger immer wieder zeigen, nur, wenn es den Reichswehrangehörigen, insbesondere den Offizieren, politisch paßt. So wird man auch die Durchführung dieses Erlasses sabotieren. Das ist ja in einigen Punkten den Böswilligen so leicht gemacht. Die Reichsflagge soll gehißt werden, wenn zwei Fahnen-

stangen da sind. Gut. Schön. Was tut man also, um dem Befehl nicht offen zu widersprechen und doch nicht die verhasste Reichsflagge zeigen zu müssen? Man wird eben die zweite Fahnenstange entfernern. Völlig mal auf, ihr Republikaner, wie jetzt im Galopp von allen militärischen Dienstgebäuden die zweiten Fahnenstangen verschwinden werden. Denn Loyalität gegenüber der Republik, wer wird die von einem Reichswehroffizier erwarten? Viel wichtiger als solche platonischen Erlasse, die ja auch einfach unausgeführt bleiben können, ist rückwärtsloses Durchgreifen im Falle des Zuwiderhandelns durch die Kommandos und strenge Ueberwachung dieser Stellen. Daran aber hat es bisher in so hohem Maße gefehlt, daß die nachgeordneten Dienststellen der Reichswehr dem Ministerium einfach auf der Nase herumtanzten. Ehe sich also in dieser Beziehung in der Leitung der Reichswehr nichts ändert, glauben wir nicht an einen neuen Kurs in der Reichswehr. So lange müssen wir annehmen, daß man nur einmal wieder den deutschen Republikanern und dem Ausland Sand in die Augen streuen will. Nach dem neuen Skandal, der die Reichswehr wieder einmal aufs schwerste bloßgestellt hat, dem Phöbus-Skandal, der ein enges, dazu ungeschickliches Zusammenarbeiten der Reichswehr mit nationalistischen Hechern aufgedeckt hat, nach den Enthüllungen über das Zusammenarbeiten gewisser Reichswehrestellen mit den Wehrverbänden bei deren geheimen Aufzuchtungsanstrebungen, die so großes Aufsehen erregt haben und trotz aller Ablehnung nicht aus der Welt geschafft werden können, nach dem Krach, der durch die Anmaßung verschiedener Reichswehrrundeure bei der letzten Verfassungsfest der Reichswehr entstanden ist, hält man es in der Reichswehr für notwendig, beruhigend zu wirken und zu zeigen, daß man doch loyal gegenüber der Republik ist. Wir werden uns durch solche Manöver nicht täuschen lassen. Wir werden der Reichswehr bei der Durchführung dieses Erlasses genau auf die Finger passen, und erst wenn wir hier sehen, daß er wirklich ehrlich und loyal durchgeführt wird, werden wir glauben, daß man mit ihm wirklich lokale Absichten verfolgt. Vorerst ist gegenüber dieser Reichswehr äußerstes Mißtrauen auf der ganzen Linie höchste republikanische Tugend.

Chamberlain drängt Frankreich.

Briand will noch vor Sent die Rheinlandbesetzung vermindern.

Nach einer Pariser Meldung des „Manchester Guardian“ soll der englische Außenminister Chamberlain in den letzten Wochen zweimal beim französischen Außenminister Briand vorstellig geworden sein und ihn aufgefordert haben, vor dem Zusammentreten des Völkerbundes wenigstens eine kleine Konzeption an Deutschland in der Frage der Verminderung der Besatzungstruppen im Rheinland innerhalb der französischen Regierung durchzusetzen. Chamberlain soll dabei ausdrücklich darauf hingewiesen haben, daß für Deutschland Rückwirkungen des Dornopastes bemerkbar werden müßten. Die Meldung des „Manchester Guardian“ trägt, wie versichert wird, offiziellen Charakter.

Auch von der französischen Regierung wird indirekt gegeben, daß in letzter Zeit zwischen London und Paris Verhandlungen über eine Herabsetzung der Besatzungstruppen stattgefunden haben.

Dunkle Pläne der polnischen Regierung.

Sie will keine Gemeinderwahlen in Ostgalizien.

Wie die „Polskische Zeitung“ aus Warschau meldet, plant die polnische Regierung einen eigenartigen Weg, um sich aus dem Dilemma zu ziehen, die fälligen Gemeinderwahlen in Ostgalizien entweder nach dem alten österreichischen Klassenwahlrecht oder nach einem neuen gleichen Wahlrecht durchzuführen. Der Wojewode von Lemberg hat dem Innenminister den Vorschlag gemacht, einstweilen überhaupt keine Neuwahlen auszusprechen, die bisherigen Gemeindevertretungen jedoch aufzulösen und an ihre Stelle provisorisch einen staatlichen Gemeindevorstand zu setzen. Der Innenminister soll dieser „Lösung“ zugestimmt haben.

Preußen wehrt sich gegen die Sege.

Warum die Beratung des Reichsflagengesetzes so verzögert.

Am 11. wird mitgeteilt: In einem Teil der Presse wird die Nachricht, daß die Preussische Regierung erst Mitte September in der Lage sein werde, ihre Vertreter im Reichsrat mit Instruktionen zu dem Entwurf eines Reichsflagengesetzes zu versehen, dahin ausgelegt, daß die Preussische Regierung die Absicht habe, dadurch die rechtzeitige Ueberweisung des Reichsflagengesetzes an den Reichstag zu verhindern. Diese Auslegung geht von vollkommen irrigen Voraussetzungen aus. Die Preussische Regierung hat in jedem Stadium der bisherigen Verhandlungen über das Reichsflagengesetz mit allem Nachdruck betont, daß Preußen an einer schnellen reichsgesetzlichen Regelung des Problems das allergrößte Interesse habe, da nur so die Bindung der preussischen Gesetzgebung durch den Spratzparagrafen der Reichsverfassung gehoben werde und nur durch die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage auch Schulstreiks, Schulschließungen usw. in Preußen der Boden entzogen werden könnte. Demgemäß hat nach Vorlegung des gegenwärtigen Entwurfs im Reichsrat das Preussische Staatsministerium sofort ein genaues Arbeitsprogramm für die Bearbeitung des Reichsflagengesetzes in den preussischen Ressorts festgelegt und hiervon auch die Reichsregierung in Kenntnis gesetzt.

Die Preussische Regierung hat von dem Entwurf erst jetzt Kenntnis erhalten. Die Begründung des Entwurfs ist Preußen am 8. August übergeben worden. Da die Preussische Regierung ihr Arbeitsprogramm, dessen einzelnen Termine außerst knapp bemessen sind, innehalten und bereits Mitte September in der Lage sein wird, zu dem Entwurf abschließende Stellung zu nehmen, wird nur dadurch möglich, daß — obwohl die Ueberweisung des Entwurfs in die allgemeine Urabstimmung fällt — daß alle beteiligten Stellen die sehr schwierige und verantwortungsvolle Bearbeitung mit der allergrößten Beschleunigung betreiben.

Warum Cosgrave nicht stürzte.

London, 17. August. (Eig. Drahtbericht.) Die die letzten Minuten völlig unerwartete Rettung der irischen Regierung durch die Stimmenthaltung des Abgeordneten der Nationalen Liga, John Jinks, hatte zu den abergläubigsten Gerüchten geführt, unter anderem, daß dieser Abgeordnete einflussreicher und zwangsmäßig festgehalten worden sei. In einem Interview mit dem „Evening Standard“ erklärt der Abgeordnete, daß er während des Wochenendes festgehalten hätte, seine Wähler seien einstimmig gegen eine Koalitionsregierung und er deshalb freiwillig das Parlament verlassen hätte, um Cosgrave zu retten. Jinks, der gegen den einstimmigen Parteibeschluß, an dessen Zustandekommen er selbst mitgewirkt hat, handelte, wird aus der Partei ausgeschlossen werden. Der Ausgang der Krise wird in London als typisch irisch empfunden und in bürgerlichen Kreisen mit Befriedigung aufgenommen.

Die Meldung zeigt, daß nicht eine veränderte Haltung der Republikaner das Ministerium Cosgrave gerettet hat, sondern eine Abspaltung bei der kleinen Gruppe der Nationalisten. Klarer wird die Angelegenheit dadurch freilich nicht. Auch ist die Begründung des Abg. Jinks für seine Haltung sehr fadenscheinig. Irgend welche geheimen Kräfte werden da doch gewirkt haben.

Reichsfinanzministerium und Beamtenbesoldung.

Sie wirft den Beamten einen lächerlichen Brocken hin. Unmittelbar nach Vertagung des Reichstags hatten der sozialdemokratische Abgeordnete Künneberg und der Demokrat Brodau unter Hinweis auf die Aktion, die die sozialistische Regierung in bezug auf die Beamtenbesoldung vorgenommen hat, den Reichsfinanzminister ersucht, auch für die Reichsbeamten noch vor dem 1. Oktober mindestens eine ähnliche Maßnahme wie in Sachsen zur Durchführung zu bringen. Darauf ging jetzt eine Antwort Dr. Köhlers ein, in der es unter anderem heißt: Namens der Reichsregierung habe ich mich bereit erklärt, die Unterstüßungsmittel der Behörden der allgemeinen Reichsverwaltung um rund 8 Millionen Reichsmark zur Vinderung derjenigen Reichsbeamten, die sich in schwieriger wirtschaftlicher Lage befinden, zu vergrößern. Diese Maßnahmen erscheinen mir besser, als das Vorgehen Sachsens. Zu meinem Bedauern muß ich davon absehen, der Reichsregierung, sowie den gelebenden Körperschaften eine ähnliche Regelung vorzuschlagen, wie sie das Land Sachsen neuerdings getroffen hat.

Moed oder die Hungerleider.

Von Will-Erich Reudert.
(Copyright by Süd-Ost-Deutscher Verlag, Breslau 6.)
32] (Nachdruck verboten.)
Dann fanden sie ihn in seinem Zimmer, wo er an einer Lärntüte hing. Ein Stück von ihm weg fand eine Blutlache. Schwarze sah sich die Geschichte an und sagte sich, daß er Montagabend hing. Die Fingerringe waren längst dahingeworfen. Auf seinem Schreibtisch lag eine Anweisung über 1,32 Mark und auf der Rückseite:

Vier Tage Löhnung überempfangen
Lebhaftmann Kohl.
Außerdem die Adresse der Truppe.
Anfang von Beschaffen, meine Schwarzer und iches den Totenschein daraufhin aus.
1.
Am 21. Februar kam der Dierziger Rat zur Prüfung: bei nahe ein ganzes halbes Jahr später, als Moed sich eingebildet hatte. Der Ratsonel hatte ihn schon im Juni auf seine Stellung hin revidiert; die schriftliche Arbeit war im August von Riese weitergegeben worden. Er hatte sich selber die Aufgabe gestellt; es war ein schweres Thema gewesen und Riese warnte allerlei ein. Begabung des Kindes zum Begriff der Gemeinshaft und der ständigen Verantwortlichkeit ihr gegenüber. Wie sie gemein war, wußte er nicht. Man hatte ihn nie einen Ton gelobt. Nur, als ihn Riese heranzog, — nachmittags, schon in der zweiten Stunde, — er las das fünfte Gebot vor und die Geschichte von Moes Geburt, wußte er, daß es so weit war. In dieser Nacht schlief er nicht, er wurde immer mehr im eigenen Interesse, den Stoff mit den Kindern nicht vorzusprechen.
Nach der gewöhnlich überragten; er hatte geglaubt, die Operation müßte auch nach der Geburt, eine bei etwas gelächelt sei. Er mußte in alle seine Hände und seine Kräfte stützen; er dachte die Festlage der einzelnen Glieder, erledigte letzte Paraphrasen. In Stoffen und Dingen war er sehr müde; er wußte, daß er gearbeitet hatte; man konnte ihn nicht mehr sehen, aber nachdem er nun weinend, Schweiß auf der Stirn, in jeder Hand einen Stein zu jeder Zeit zu tragen, bei ihm ist in jeder Hand ein Stein, die Freigabe, die Art des Aufbaus, was ja der Arbeiterschaft nicht, die einfache Bekleidung und — was der Mensch wenn in ein Rat selbst gelassen hat.

Was hätte dann aus ihm werden sollen? Man konnte ihn jeden Tag entlassen. Man konnte ihn überallhin versetzen. Und Moed? — In einem halben Jahre ließ sich die Prüfung wiederholen; aber wer garantierte ihm dann — Riese war ein gefährlicher Schuft.
Zum launhaftesten Male nahm er die Religionsmethode zur Hand. Alles, was Oskar davon sagte, konnte er vorwärts und rückwärts auswendig. Das christozentrische Prinzip, Freiheit von Sünden, die Unterscheidung zwischen Teufel und Engel, Rosenkranz, Gebete —
Es waren um 8 Uhr da. Es hing so peinlich wie möglich an. Als er sich fragend zum Rat umwandte, was denn zuerst jetzt geschehen solle, schnarzte ihn dieser verwundert an: Ja, wollen Sie denn nicht beten lassen?
Erstarrt rief Moed die Klasse auf. In allen meinen Zaten — Sie haben alle salbungsvoll mit.
Und als dieser Schmeißer vorüber war: Ich weiß nicht, warum Sie ein solches Lied nicht mit den Kindern zusammen singen? Sagen Sie bitte, welche Gründe für gerade dieses Verhalten sprechen. Aber zuerst, warum Sie nicht mit Ihren Kindern zusammen singen?
Ich bin vollständig unmündig.
Das ist aber sehr bedauerlich nun bitte begründen Sie meine Unfähigkeit. — Und Moed begründete seine Unfähigkeit.
Die Religionen stellten ab: Moes Geburt. Das fünfte Gebot und über vor allem dabei das Verbot. — Wie Reifer hämmerte sich in einem ökonomischen Dorf Gemeindefest geworden ist — Adhieren mit Ueberheblichkeit der Laufbahn. — Die Schleifensiränge Friedrichs des Dritten.
Um 10 Uhr gabs eine Konferenz, dann schloß sich das Wissenschaftliche an. Die Philanthropen: Lade, Jand, Dierzer, Moed, Reichelt des Religions, Deutsch und Rosenkranz, Geschichte. Dann griff der Regierungsrat ein: Bitte, nennen Sie mir die Daten aus den Befreiungskriegen? Was wissen Sie vom Norddeutschen Bundes? Moed sagte: Gebete; die Seele; Apperception; Geist; Erziehung minderwilliger Kinder. Wie ist die Heimathilfe einer Schulbank? Anhangsgebäude? Schulstufen.
Am 12 Uhr waren sie endlich fertig. Konferenz. — Theoretisch: gut. Praxis: geradlinig. Und eine Standard, so nicht auf die heute laut zu legen, sondern erst nach und mit aller Kraft —
Sie wollten den Reichstagsrat zusammen feiern. Sie hätten gegenwärtig Sinns. Aber die Arbeit waren versch. Der Moed sah durch die enttäuschten Räume. Jand, lag die Kraft hinter

ihnen. Kaufschwaben lagerten sich auf den Feldern. Arbeiter, die kaum miteinander sprachen, gekümmert und gebückt, gingen ins Nachbardorf. Es war selbst für böse Spottworte zu kalt.
Sie saßen dann lange in Moedhilses Zimmer. Beide die Hände ineinander. Es war ja nun endlich so weit geschafft. Die Anstellung kam über kurz oder lang, und Ostem wurde sie seine Frau.
Moedhild ließ Kuchen zum Kaffee holen. Wenn das nicht ein Tag zum Feiern war?
Wann werden wir unsere Möbel kaufen? Sie machten taufend und einen Plan. Sie würden nach Görtz, nach Sagan fahren, sie wollten es auch in Liegnitz versuchen.
Als Dunkel und Dämmerung dichter fiel, schwiegen sie auch von diesen Dingen. Nur hin und wieder blinkte im Ofen der letzte Rest einer Kohle auf.
Weißt Du, ich habe zu viel gemacht. Ich hätte nicht halb das zu wissen brauchen. Sie blieben ganz an der Oberfläche. Der Rat fragt, was Philanthropen heißt? Am Seminar wurde ja mehr verlangt.
Sie streichelte seine nervöse Hand.
Wenn ich den Mittelschullehrer machte —
Ich denke, Du ruhst Dich erst einmal aus.
Nein, Moedhild, das halte ich nicht für richtig. Jetzt brauchte ich ja bloß weiterzumachen. Vorwärts ist — einen Spezialpädagogen und dazu zwei wissenschaftliche Bücher. Dierzerweg wäre mir schon ganz recht. Und außerdem?
Geschichte möchte ich mitarbeiten.
Es wäre herrlich. Und —
Wie lange würde die Vorbereitung dauern?
Ich rechne, drei Jahre müßten's schon sein. Ich möchte am liebsten an Schwaner schreiben, ob er nicht eine Präparanden hat — Jetzt müßten doch Stellen offen sein.
Er setzte sich gleich an ihren Schreibtisch und machte einen Entwurf für den Brief. Kann man so legen? — Soll ich das schreiben? Muß man das nicht noch verhandeln? Er bedachte ihn dann in seine Brusttasche und schrieb ihn den selben Abend ins kleine.
Aber er schickte den Brief nicht ab. Und alles blieb vorläufig nur ein Plan. Die ganz natürliche Erlösung hielt ihn noch allen Vorzügen treu. Er fragte nur in der Woche, was er für einen Stundenplan brauchte; aber er tätigte die Bücher nicht an, die Moed ihm auf seinen Wunsch genannt.
(Fortsetzung folgt.)

Das Verlassen des Landes ist strafbar.

Die Helfer des Genossen Turati vor Gericht.
Am 18. August beginnt in dem sizilianischen Hafen Savona der Prozess gegen die Genossen Filippo Turati, Bertini, Ferruccio Parri, Carlo Rosselli, Albini, Stalo D'Alia, Giacomo D'Alia, E. da G. Spirito, A. Bonaccis und den Motorbootführer Meglio wegen der Flucht des greisen Führers der italienischen Sozialdemokraten nach Korsika. Filippo Turati war während seines Aufenthaltes in Savona nicht nur der neue Leiter der dortigen Polizeiaufsicht (ammonimento), sondern beging auch das Verbrechen, als italienischer Staatsbürger Italien zu verlassen. Er wurde nach dem offiziellen Verbot der antiautoritären Organisation — das nur den Schlußstein jährelanger Kämpfe bildete — in seiner Wohnung in Savona festgehalten und konfiniert. Offiziell nannte man das polizeiliche „Schuß“. Seine sämtlichen Bekannten, Wirtskollegen usw. wurden, wenn nicht verfolgt, so doch als verdächtig überwacht.

Turati verlangte unter Berufung auf ein schweres körperliches Leiden einen Auslandsaufenthalt bei der Präfectur, um sich in einen ausländischen Kurort zu begeben. Als Antwort wurden die Polizeiposten vor seiner Wohnung verstärkt und die Ueberwachung seiner Umgebung derart verschärft, daß niemand mehr an ihm vorbeigehen konnte, mit ihm in Verbindung zu treten. Alle Proteste waren umsonst. Nach dem letzten Aktentat auf Mussolini brachte man ihn des Nachts unter Polizeibedeckung an einen anderen Ort, von wo es ihm gelang, durch eine Hintertüre zu entweichen und bei einem Genossen Unterschlupf zu finden. Aber auch hier war der fähigste hiesige Gegner des Blutregimes nicht sicher. Acht Tage lang suchte er von Ort zu Ort und schließlich in einem Motorboot (!) an die Küste des französischen Korsika. Parri, Rosselli und der Motorbootführer Meglio, die ihn auf der abenteuerlichen Fahrt begleiteten, kehrten nach Italien zurück und wurden sofort verhaftet. Sie und die anderen Festgenommenen sind seit Beginn der Untersuchung in den Kerker von Savona und müssen mit Strafen von über 10 Jahren Zuchthaus rechnen. Mit einer Ausnahme handelt es sich um Parteigenossen, die unter größtem Opfermut und Hinterrückung ihrer Person das Entkommen Turatis aus dem festsitzenden Zuchthaus ermöglichten. Gegen die im Ausland befindlichen Turati, Bertini und Stalo D'Alia wird das Verfahren in Abwesenheit durchgeführt.

Turati hat von Paris eine Darstellung des Sachverhalts zur Entlastung seiner Helfer gegeben, die zugleich eine klärende Anklage gegen das faschistische Regime enthält. Die von den Verteidigern beantragte Verlesung dieses Schriftstückes in der Verhandlung wird kaum erfolgen, denn die faschistische Justizmaschine gehorcht auf Kommando und das furchtbare Verbrechen, als freier Staatsbürger sein Heimatland verlassen zu haben, fordert der Nachbarschaft des sich trotz seiner Nachhilfe immer unsicherer fühlenden Gewaltregimes heraus.

Neue Rohheiten der Sittlerbanditen.

Berlin, 16. August. In Bad Harzburg ist es gekoren zu schweren Ausschreitungen gekommen. 22 Mitglieder der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei haben, wie die „Vossische Zeitung“ berichtet, jüdische Einwohner und Angehörige des Bades belästigt und überfallen. Eine große Anzahl von Personen erlitt bei den Zusammenstößen erhebliche Verletzungen. Die Harzburger Polizeibehörden und die Gendarmerieposten der Umgebung griffen ein und konnten fünf Personen, unter ihnen den Gauleiter Eichhorn, festnehmen.

Städtische Wohnungsbauten in Berlin.

Berlin, 17. August. Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin teilt mit: Der Magistrat hat in seiner Sitzung am 17. August, entsprechend den Vorschlägen seines Ausschusses und der Deputation für das Anstellungs- und Wohnungswesen beschlossen, den Bau von 6000 Wohnungen zu zwei, drei und vier Zimmern auf der Grundlage der eingezogenen Angebote sobald als möglich durchzuführen. Die Geldebeschaffung für sämtliche Wohnungen soll auf einheitlicher Basis erfolgen. Ueber die Einzelheiten der abzuschließenden Verträge soll noch verhandelt werden. Alsdann werden die Verträge der Stadtverordnetenversammlung zur Genehmigung vorgelegt.

Der Kampf um die Einberufung des polnischen Sejms.

Warschau, 17. August. In der Sejmkanzlei, wo die Unterchriften für das Gesetz an den Staatspräsidenten wegen Einberufung einer neuen Sejmession zu sammeln sind, haben bisher 191 Nationaldemokraten, 14 Mitglieder der Wywolenie und 35 Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei unterschrieben. Bisher ist diese Zahl genügt. Weitere Unterchriften sollen jedoch noch bis zum 22. August abgegeben werden. Danach wird der Sejmestart seine Aktion beginnen. Ob die Regierung im Laufe dieser Woche durch eigene Initiative dem Plan der Parlamentarier zuvorkommen wird, ist bisher noch nicht bekannt.

Erziehung zum politischen Anstand.

Die rheinisch-westfälischen Lipptischen Tischler haben vom 8. bis 8. August einen Tischlertag in Duisburg abgehalten, unter dem Protektorat des Duisburger Polizeipräsidenten Meyer. Der Polizeipräsident, ein überzeugter Republikaner, erklärte, er sah die Meister vom Hobe, er sah schwarz-weiß-rote Fahnen, er sah Wappentafeln, aber nicht eine schwarz-rot-goldene Fahne. Und er sprach: „Meine Herren! Sie haben mich in meiner Eigenschaft als staatlichen Beamten eingeladen. Da ich konstatieren muß, daß Sie in Ihrem Tagungsort die Farben der Verfassung vermissen haben, werde ich, wenn Sie nicht innerhalb 10 Minuten das Verzeichnis nachholen, ernstlich gezwungen sein, meine Anwesenheit zu bedauern.“

Sprach's und setzte sich. Es waren noch keine 10 Minuten verstrichen, so sah man im Saal die schwarz-rot-goldene Fahne. Die Erziehung zur Achtung gegenüber der Republik geht langsam, aber sicher!

Nanking bombardiert.

Die Schiffe auf der Flucht. — Englich-chinesischer Zwischenfall. London, 17. August. (Eig. Drahtbericht.) Wie die letzten aus China eingetroffenen Nachrichten zeigen, ist Nanking am Mittwoch nachmittag von den Truppen der Nordarmee bombardiert worden. Die britischen Staatsbürger wurden auf zwei englischen Zerstörern in Sicherheit gebracht. Pulver gegenüber Nanking wurde von den Nordtruppen besetzt. Die Truppen der Nanking nationalchinesischen Regierung befinden sich auf der Flucht in der Richtung Schanghai. In Schanghai selbst ist es zu einem neuen ernstlichen britisch-chinesischen Zwischenfall gekommen. Ein britischer Militärarztplan war am Dienstag außerhalb des Gebiets der internationalen Siedlung auf chinesischem Boden zu einer Notlandung niedergegangen. Das britische Ansuchen um Rückgabe der Tragflächen wurde von dem Kommissar für auswärtige Angelegenheiten mit dem Sitze in Schanghai abgelehnt. Hierauf informierte der Oberkommandierende der britischen Streitkräfte in China, General Duncan, den Kommissar, daß er im Falle der Nichtauslieferung des Aeroplans bis Mittwoch elf Uhr die ihm notwendig erscheinenden Maßnahmen ergreifen werde. Da die von britischer Seite gewünschten Instruktionen nicht ergangen sind, hat der englische Kommandant die Eisenbahnlinie Schanghai-Kutschu-Kingpo abgeschnitten. Ueberdies wurde das englische Korps in Schanghai wieder mobilisiert. Die Verteidigungslinie längs der internationalen Siedlungen ist inzwischen wieder besetzt worden.

Aus Schlesien.

Ausländische Lohndrücker sind immer willkommen.

Die Gustavgrube importiert fremde Arbeitskräfte ohne Genehmigung.
Wie wir schon aus dem Waldenburger Revier berichteten, versuchte die Gustavgrube kürzlich die Genehmigung für sechshundert tschechische Lohndrücker zu erhalten. Sie bekam daraufhin vom Landesarbeitsamt eine Bewilligung zur Einstellung von 200 ausländischen Arbeitern unter der Bedingung, daß der Verwaltungsschutz des Arbeitsnachweises für den Kreis Waldenburg seine Zustimmung gebe. In diesem Verwaltungsausschluß wurde aber die Zustimmung auf Grund energischer Proteste des Vertreters des Bergarbeiterverbandes abgelehnt. Dessen ungeachtet ließ die Gustavgrube doch die 200 Tschechen kommen und bemüht sich nun nachträglich, Ausweispapiere für sie zu erlangen. Daraus dürfte aber nichts werden. Die Geschädigten bei diesem Manöver sind natürlich die unter falschen Voraussetzungen herbeigeholten tschechischen Arbeiter, die hoffentlich den ihnen entstehenden Schaden gegenüber der Gustavgrube geltend machen.

Es gibt wirklich nichts internationaleres, wie Arbeitgeber in der Praxis, sofern nur die Profitrate gesteigert werden kann.

Oberschlesische Verkehrsfragen.

Die „Schlesische Provinz-Korrespondenz“ schreibt: Vor einigen Tagen haben das Reichsverkehrsministerium und die deutsche Reichsbahn den seit langem heftig umstrittenen Kohlenausnahmetarif für das ober-schlesische Kohlenrevier zugestanden. Der Ausnahmetarif gewährt der ober-schlesischen Kohle für den Versand in geschlossenen Waggons von Oberschlesien nach dem neu erbauten Großkraftwerk Berlin-Kummelsburg frachtlöse Vergünstigungen bis zu 20 und 21 Prozent der Normalfracht. Dadurch ist es der ober-schlesischen Kohle möglich, auf dem wichtigen Berliner Markt die Konkurrenz mit Westfalen auf gleicher Basis aufzunehmen. Die nach den Denkschriften und Eingaben des ober-schlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins zu erwartenden günstigen Folgen dieser Maßnahme in bezug auf eine Belegung des Abfahres werden hoffentlich nicht allzulange auf sich warten lassen. Wegen die Einführung des Ausnahmetarifs ist von den Ober-schiff-fahrtsunternehmern opponiert worden. Die Ober-schiff-fahrt hat natürlich ein erhebliches Interesse an der möglichen Ausbreitung der kombinierten Fracht, d. h. der Zufuhr der Kohle auf dem Bahnwege nach den Oberumschlagplätzen und ihre Weiterbeförderung auf dem Wasser nach Berlin, Steintin und Hamburg. Durch den Ausnahmetarif ist, der ausdrücklich geschlossene direkte Transporte auf dem Bahnweg vorzieht, können ihr aber lohnende Frachtgeschäfte entzogen werden. Das Interesse der Ober-schiff-fahrt gilt in erster Linie auf die Schaffung verbilligter Zufuhrtarife von den Gruben nach Cosel, Oberhafen und weiter auf die Herstellung eines neuen brauchbaren Großschiffahrtsweges von Cosel nach dem Industriegebiet. In diesen Forderungen treffen sich Schiffahrt und Industrie, und man wird sie im Interesse der allgemeinen Geschäftsbelebung und einer möglichen Entzerrung der ober-schlesischen Arbeitslosigkeit auch vom Standpunkt der Verbraucher aus unterstützen müssen.

Allgemeinwirtschaftlich betrachtet muß allerdings der Ausbau eines neuen Großschiffahrtsweges von Cosel ins Industriegebiet auf gewisse Bedenken stoßen. Kanalbauten sind erfahrungsgemäß noch nie so recht rentabel gewesen, zum mindesten aber verzinsen sie sich nur sehr spät und sehr langsam. Solche Gesichtspunkte sind auch die Ursache, warum die ober-schlesischen Kanalprojekte von den zuständigen Instanzen noch immer recht abwartend behandelt werden. Und es wird wohl noch viel Wasser die Ober hinunterlaufen, bevor die Frage endgültig gelöst und die Projekte auch praktisch in Angriff genommen sind.

Strehlen. Ein Auto verbrannt. Mittwoch Nacht ereignete sich auf der Landstraße von Strehlen nach Breslau ein schweres Unglück. Das Lastrauto einer Laubauer Legitfirma fuhr aus einem nicht mehr festzustellenden Grunde gegen einen Baum. Dadurch entstand ein Bergsturzbrand, der den Benzintank entzündete. Im Nu stand das Auto in Flammen und verbrannte

vollständig. Die ganze wertvolle Ladung fiel den Flammen zum Opfer. Der Führer, der zwischen dem Feuerzick eingeklemmt war, verbrannte, der Mitfahrer erlitt einen Arznenhoh. Der Schaden ist enorm. Aus Strehlen herbeigekommene Personen leisteten die erste Hilfe.

Dölan. Eine Schildkröte geangelt. Ein hiesiger Angler bekam dieser Tage statt einem Fisch eine Schildkröte an die Angel. Das in der hiesigen Gegend seltene Tier wog fast ein Pfund, war aber leider durch den Angelhaken schwer verletzt und starb daher.

Barckelsh. Blutiger Konflikt mit einem Zigeuner. Eine blutige Schlägerei ereignete sich am späten Abend in einer hiesigen Gastwirtschaft. Zwischen zwei Zimmerleuten und einem Zigeuner war Streit entstanden, der bald in Tätlichkeiten ausartete. Wütend zog der Zigeuner einen Dolch und stach auf den Zimmermann Lohde aus Walsbchen ein. Der Gestochene sank sofort um und der Arzt, der schnell herbeigerufen wurde, leistete gleich an Ort und Stelle die erste Hilfe. An dem Aufkommen des Verletzten wird gezweifelt. Er ist verheiratet und Vater von sechs Kindern. Der Täter versuchte zu entfliehen, wurde aber eingefangen und der Polizei übergeben. Der Zigeuner ist als Kaufbold bekannt.

Glogau. Motorradunfall. Beim Ausweichen eines Fuhrwerks kam der Reisende Grün aus Gramschütz mit dem Motorrad zu Fall und zog sich schwere Verletzungen zu, während sein auf dem Sozius sitzender Begleiter nur leicht verletzt wurde. Beide mußten noch abends in das Krankenhaus Glogau übergeführt werden.

Brebus. Gefährliche Freiballon-Landung. In der Nähe der Stadt landete der in Chemnitz aufgestiegene Freiballon „Hindenburg“. Bei der Landung geriet der Ballon in eine Gewitterwolke und wurde hin und her geworfen und schließlich auf den Boden gestochen. Von den vier Insassen wurden hierbei zwei schwerer verletzt. Sie wurden in ein örtliches Krankenhaus überführt.

Marlissa. Der Dieb im Schloß. Im Schloß Tschoscha beobachtete ein Mädchen im Treppenhause einen Fremden, der angeblich das Schloß zu flüchten. Als er sich entfernen wollte, entdeckte das Dienstepersonal das Fehlen eines größeren Geldbetrages aus einer in einer Mädchenkammer untergebrachten Handtasche. Man brachte den Diebstahl mit dem Fremden in Zusammenhang und der Landjäger gelang es auch wirklich, den Fremden in Gerlachshaus zu stellen und zu verhaften. Er war bis in den 4. Stock gebrungen, hatte durch Klopfen an den Türen die Wahrnehmung gemacht, daß die Zimmer unbenuzt waren und so den Diebstahl ungestört ausgeführt.

Schwarz a. R. Ein guter Fang im Mühlgraben. Der Sägewerksbesitzer Hüfner in Mörsdorf fing im Mühlgraben eine 52 Zentimeter lange Regenbogenforelle im Gewicht von 2 1/2 Pfund.

Raate. Mutiger Lebensretter. Unter Einwirkung seines Lebens rettete der Rechnungsführer Schipke aus Raate die auf dem Raater Schloß angestellte Ida G. vom Tode des Ertrinkens.

Friedland. Große Unterschlagung bei der Kirchenkasse. Großes Aufsehen erregt die Aufdeckung bedeutender Unterschlagungen, bei der hiesigen Kirchenkasse. Der Verwalter der Kasse, ein hiesiger Kaufmann J., geriet kürzlich in Zahlungsschwierigkeiten, jedoch schließlich auch der Konturs über sein Vermögen verhängt wurde. Dabei wurde festgestellt, daß J. als Rentant der Kirchenkasse die ihm anvertrauten Gelder fortgesetzt angegriffen hat und für sich verwendet. Die veruntreute Summe soll sich auf 20 000 Mark belaufen. Die Unterschlagungen reichen zum Teil bereits bis drei Jahre zurück. Ein Strafverfahren ist eingeleitet worden.

Czermoulta. Kreis Rybnik. Verzeiwelungsstiel des Arbeitslosen. Ein angeblich wegen eines Diebstahls von Feldfrüchten entlassener Bergarbeiter, der eine Familie mit sechs Kindern zu ernähren hat, überfiel den Ingenieur J. und versuchte, ihn mit einer Axt zu erschlagen. Er wollte, wie er nach seiner Festnahme gestand, den Ingenieur, der Veranlassung zu der Entlassung gegeben hatte, töten und dann Selbstmord begehen. Der Ingenieur wurde trotz verzweifelter Gegenwehr schwer verletzt.

Rönigsbüttel. Straßenbahnzusammenstoß. Ein Zug der Beuthen-Rönigsbüttel Straßenbahn stieß am Dienstag mit einem Wagen der Autobuslinie Beuthen-Tarnowitz derart heftig zusammen, daß der Autobus mehrere Meter weit geschleudert und stark beschädigt wurde. Da der Wagen glücklicherweise unbesetzt war, ist niemand verletzt worden.

Hindenburg. Das erste Stahlhaus bezogen. Das erste der im Bau befindlichen Stahlhäuser der Donnersmarthütte ist dieser Tage bezogen worden. Zu seiner Errichtung waren nur 24 Tage erforderlich.

Kattowitz. Sorjanty wird belagert. Das Korjantyplatt „Polonia“ wurde am Sonntag wieder einmal belagert. Die „Polonia“ hatte im Zusammenhang mit dem Fall Jagoriki einige satirische Ueberschriften und Glossen über die Presse der Sanacja moralna gebracht.

Aus dem Streife Rimpfich.

Der „Landsmann“ ist entsetzt darüber, daß es eine Weimarer Verfassung gibt, eine Verfassung, die nicht finden mühte, Regierungsrat Markus eine recht geschickte Fiktion hielt, und lehnt es ab, sich damit zu beschäftigen. Der arme „Landsmann“ ist zu bedauern. „Landsmann“: das ist die Freiheit, die ich meine, von der alle Teilnehmer am Schluß der Fiktion gemeinsam gelungen, daß auch in dem konservativen verminderten Rimpfich die Republikaner das Recht haben, von der Republik zu reden. Wenn es nach dem „Landsmann“ ginge, dürfte das keiner tun, erst recht nicht ein Regierungsrat, der das Recht aber die Fiktion hat, von jüdischen Eltern abzukommen.

Die gemeine Hege des antisemitischen „Landsmanns“ geht soweit, die ganze Reichsverfassung dadurch in Mißkredit bringen zu wollen, daß er die jüdische Abstammung des Verfassers des Verzeichnisses, des demokratischen Professor Preuß, seinen Eltern als kirchliche Neugeburt mittelt. Dumm und frech, das ist das Kennzeichen der Feinde der demokratischen Staatsform.



Blühende Gesundheit

für die Jugend zu sichern und den Erwachsenen zu erhalten, ist die vornehmste Aufgabe einer Hausfrau. Es ist bekannt, daß richtige und zweckmäßige Ernährung dabei Grundbedingung ist. Überall, wo eine gute Küche geführt wird, kommen

Oetker-Puddings

als Nachspeisen auf dem Tisch, weil sie außerordentlich nahrhaft, wohl-schmeckend und leicht verdaulich sind. Sie ersetzen durch einen Oetker-Pudding leicht ein anderes Gericht und haben demzufolge meist keine Mehrkosten.

Dr. August Oetker, Bielefeld.

Dr. Oetker's Puddingpulver werden jetzt in noch besserer Qualität hergestellt als bisher durch Veredlung des Aromas und durch Zusatz von feinstem Reispulver. Auch enthalten Dr. Oetker's Puddingpulver die für den Körperwert und die Blutzirkulation notwendigen Mineralischen Salze. Infolge großen Umwerts sind Dr. Oetker's Puddingpulver stets überall in frischer Ware zu haben. Verlangen Sie in den einschlägigen Geschäften Dr. Oetker's neues feinstes feinstes Reispulver. Ausgabe 2 für 15 Pfennig, wenn nicht sonst anders angegeben. Einleitung von Marken.

Landkreis Breslau/Neumarkt.

SPD., Unterbezirk Breslau-Land-Neumarkt.
Veranstaltungskalender.

Altendorf. Sozialistische Arbeiter-Jugend. Wir kommen Sonntag, den 21. August, um 18 Uhr, im Heim zusammen. Niederhülser sind mitzubringen. Freilicht.
Deutlich-Diffa. Kinderfest der Partei. Am Sonntag, den 28. August, veranstaltet die Ortsgruppe Deutlich-Diffa der Sozialdemokratischen Partei für die Kinder sämtlicher Parteigenossen ein Kinderfest, verbunden mit Kinderbelustigungen und diversen Ueberraschungen. Um 13.30 Uhr versammeln sich sämtliche Genossen mit Frauen und Kindern Dohrnfurter Straße am Monbe. 14 Uhr Abmarsch nach dem Festort, Frau Stürze in Maderau. Bei ungünstigem Wetter findet das Fest acht Tage später statt.

Klein-Gandau und Umgegend. Die Ortsgruppe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold feiert ihren Sommerfestball, verbunden mit dem 3. Stiftungsfest, in Henkes Festhause am 20. August, wozu alle Parteigenossen, Republikaner und Reichsbannerkameraden aus Stadt und Land aufs herzlichste eingeladen sind. Das Festkomitee.
Schwolff. Brief an die Redaktion. Man schreibt uns: Wir Republikaner erwarteten, daß am Verfassungstage die Reichsfarben zahlreich von den Häusern grüßen würden. Wir sind enttäuscht! Außer den knaustlichen und städtischen Gebäuden zeigten nur die reinen Arbeiterstraßen die Farben Schwarz-Rot-Gold. In den Vierteln, die normalerweise vom Bürgertum bewohnt sind, häuften sich die Republikaner nur in den Hofwohnungen, den Hinter- und Quergebäuden? In der inneren Stadt, den Geschäftsstraßen, wo die Arbeitsstätten der proletarischen Angestellten liegen, sah man kaum eine Fahne in den Reichsfarben. Keines der großen Warenhäuser, die sicher Hunderte von Republikanern beschäftigen,

aber vor allem tausende Republikaner zu ihren Kunden zählt, hatte den Mut gefunden, einmal im Jahre, an diesem hochwichtigen Denktage, die Reichsfahne zu hissen. Daß auch der Standesangehörige, den leider auch immer noch tausende Republikaner keine Fahne zeigt, ist nicht verwunderlich, aber bezeichnend! Arbeiter, Angestellte und Beamte, wie lange wollt ihr euch solchen Schimpf gefallen lassen? Kauft in den Läden eures Konsumvereins „Vorwärts“, lest eure „Volkswoche“, fördert euer Versicherungsnachwuchs, die „Volksfürsorge“! — Aber zeigt auch bei nächster Gelegenheit die roten und schwarz-rot-goldenen Banner! Ein alter Republikaner.
Stabelwitz. Aus dem Ort. Nachdem die Schoellerfabrik ihren Betrieb durch einen Anbau erweitert hat, werden nun an der Siedlung für die Angestellten der Fabrik mehrere neue Wohnhausbauten errichtet. Auch die aller Bestrebungen spottenden Wegeverhältnisse durch Dorf Markwitz haben durch Pflasterung der Straße gebessert.

Verband der Lebensmittel- und Getreidearbeiter
Am 16. August verstarb unser langjähriger Mitglied, der Kollege
Johann Hanke
im Alter von 59 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Der Ortsverein Breslau.
Beerdigung: Sonnabend, den 20. August, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Hundsfeld, Ring 10, nach dem evangel. Friedhof in Hundsfeld 5888

Schauspielhaus.
Operettenbühne.
Tel. Stephan 30300.
Täglich 8 Uhr.
Der große Operettenserfolg
„Drei arme kleine Mädel“

Billiger Sonderzug
4. Klasse nach
Löwenberg i. Schl.
zum
Oberschlesiertag und Bücherfest
am **28. August 1927.**
Fahrpreis für Hin- u. Rückfahrt ab Breslau **5.20 RM.**
Näheres im Schriftteil der Zeitungen
Reichsbahndirektion Breslau.

Lieblich-Theater.
Täglich 8 Uhr.
Das sensationelle Varieté-Programm
Eintrittspreis von **50 Pf.** an.
Rauchen gestattet!

Weizenmehle alter Ernte gehen zu Ende!
Wir verkaufen
altes Mehl
am 19. und 20. August
noch ganz
besonders billig
Kaiser-Auszugmehl 26 Pf.
halbgrüßig... 1 Pfd. nur
Wiener Mundmehl 27 Pf.
Grießmehl... 1 Pfd. nur
Unsere Mehle sind anerkannt gut!
Mühlen-Niederlagen
d. Waren-Vertriebs u. Einkaufs G. m. b. H.
Bismarckstraße 57
Matthiasstraße 113 Scheininger Straße 50
Friedrichstraße 13 Gräbener Straße 51
Lehmgrubenstraße 77 Lohestraße 57
Tausatzstraße 195 Westendstraße 53/55
Verkauf-Abteilung:
Breslau 6 / Telefon Ohle 3265.

Hauptschauwirtschaft an der Jahrhunderthalle
Donnerstag, d. 18. Aug., abends 7 1/2 Uhr.
Zweites Konzert
des **Stadtheater-Orchesters.**
Besichtigung u. Reparaturen an Schuhen aller Art werden gut und preiswert ausgeführt.
H. Neumann, Bergstraße 11, II.

Bräuer's Festsäle
Gabelstraße 22
Inh. Paul Grassler
Heute Donnerstag sowie jeden Sonntag:
Gesellschaftstanz
Saxo-Jazz-Orchester 9241

Zurückgekehrt
Curt Tietze
Dentist 660
Nikolaistadtgraben 26
Ecke Berliner Platz.

Geschäfts-Übernahme!
Dem verehrten Publikum teile ich hierdurch ergebenst mit, daß ich am **1. August das Café und Konditorei Neue Taschenstraße 19** (am Hauptbahnhof — im Nord-Hotel) käuflich erworben und den Betrieb nach gründlicher Renovation der Räume und neuzzeitlicher Einrichtung unter der Firma
Café und Konditorei C. A. Seiffert
jetzt in vollem Umfange aufgenommen habe. — Das Geschäft wird fortan in **strengster, gutbürgerlicher Weise** geführt. Für sehr guten Kaffee, La Gebäck und andere gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt. Für kleine Versammlungen, Konferenzen etc. empfehle ich in der zentralen Lage zwei gut eingerichtete Zimmer. Zur Bequemlichkeit des reisenden Publikums ist wegen der unmittelbaren Nähe des Hauptbahnhofes eine haftpflüchtige Gepäck-Aufbewahrung eingerichtet worden.
Ich bitte um geneigten Zuspruch und empfehle ich mich bestens.
Mit vorzüglicher Hochachtung
C. A. Seiffert.
NB. Mein Konzert- und Gesellschaftshaus „Kurgarten“ Kleinzöschberg, wird von dem Kauf in keiner Weise berührt und von mir in der bisherigen Art weitergeführt. Auch mit diesem Unternehmen halte ich mich dem pp. Publikum bestens empfohlen.
9244

Breslauer Herbst
Fach-Ausstellung für das Hotel- u. Gastwirts-Gewerbe
4.-11. SEPT.
Melod Hochkunst-Schau
4.-5. SEPT.
Hoplant-Ausstellung
1.-30. SEPT.
1927
4.-6. SEPT.

MÖBEL
Küchen komplet. 7-täg. von 20,00 Mk. an
Schränke pol. 2-täg. von 60,00 Mk. an
Ausstattungs... von 38,00 Mk. an
Polster Stühle... von 5,50 Mk. an
Preiswerte Schlaf-, Herren- und Speisezimmer
Chaiselonges, Sofas, Polster- u. Aufgussesseln
und alle Arten Elaxel- und Kleidermöbel
Bleier & Dührig
Stühle und Möbel en detail, en gros
Matthiasstraße 107 und Wehnerstraße 120
Die gemachten Festsetzungen über den Übernahmestellen **Erich Schorsch** nehme ich hierdurch mit dem Ausdruck des Bedauerns als unmöglich zurück und warne vor Weiterverbreitung.
Helmut Schorsch
Schlesische 3. 2065

Arbeiter, Angestellte, Beamte
sollen sich nach den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses, des Abandes, des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes und der Genossenschaftstage nur versichern bei dem eigenen Unternehmen der
Volksfürsorge
Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Unternehmen
Ankündigung erteilen bzw. Material versenden kostenlos die Reichs- und Provinzial-Verwaltung, Ministerium der Finanzen, Reichs- und Provinzial-Verwaltung, alle Verkaufsstellen des Konsumvereins „Vorwärts“, die Versicherungs- oder der Vorstand der Volksfürsorge in Hamburg 5, An der Alster 56/59 und Reichs- und Provinzial-Verwaltung, Reichs- und Provinzial-Verwaltung.

Zurück Skladnikiewicz
Bankier
Klein-Gandaustraße 25
Tel. Ohle 1114, 1120
Anzeig-Zeitung
4 bis 22 Uhr, Mittel 25, 26 bis 60 Pf., Anzeigen 25, 35, 40, 50, 1.20, 2.00, 3.00, 4.00, 5.00, 6.00, 7.00, 8.00, 9.00, 10.00, 11.00, 12.00, 13.00, 14.00, 15.00, 16.00, 17.00, 18.00, 19.00, 20.00, 21.00, 22.00, 23.00, 24.00, 25.00, 26.00, 27.00, 28.00, 29.00, 30.00, 31.00, 32.00, 33.00, 34.00, 35.00, 36.00, 37.00, 38.00, 39.00, 40.00, 41.00, 42.00, 43.00, 44.00, 45.00, 46.00, 47.00, 48.00, 49.00, 50.00, 51.00, 52.00, 53.00, 54.00, 55.00, 56.00, 57.00, 58.00, 59.00, 60.00, 61.00, 62.00, 63.00, 64.00, 65.00, 66.00, 67.00, 68.00, 69.00, 70.00, 71.00, 72.00, 73.00, 74.00, 75.00, 76.00, 77.00, 78.00, 79.00, 80.00, 81.00, 82.00, 83.00, 84.00, 85.00, 86.00, 87.00, 88.00, 89.00, 90.00, 91.00, 92.00, 93.00, 94.00, 95.00, 96.00, 97.00, 98.00, 99.00, 100.00

Herren-Artikel (Brawatten + Handschuhe) suchen wir zum baldigen Antritt **tüchtige, fachkundige Verkäuferin,** die in besseren Spezialgeschäften mit Erfolg tätig war und über gute Umgangsformen verfügt. Schriftl. Angebote mit Bild, Referenzen u. Gehaltsansprüchen an
Leopoldine Holschowsky
Nikolaistadtstraße 72-76.

Oberbett, 2 Rippen
mit bestem Stoff, 1.59 für 24.00 RM. zu verlaufen
Friedberger Str. 5, sp. links
Wohnungen
Tausche
2- u. 11st. Zimmer, 11st. helle Küche u. Entree gegen 2 kleine Wohnungen. Offert. mit A. 84 an die Geschäftsstelle der Zeitung senden.
Arbeitsmarkt
Serrenkonfektion
1 Gejelle
zur Maschine u. zum Bügeln.
Prüfer
Gneiffenauweg 8.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 18. August

Am Rande der Stadt.

Hier berühren sich die Gegensätze zwischen der Stadt und dem flachen Lande. Und liegen im Kampf miteinander. Die Stadt möchte ihre hohen Häuser, ihre asphaltierten Straßen, ihre mechanischen Wagen, alles, worauf sie stolz ist, hier herauszuheben und sie künden lassen für ihre Kultur, ihre Zivilisation, ihr Gehobensein. Aber das Land ist zähe und mit der Macht, die nur das starke, bewußte Leben gibt, verteidigt es seine Stellung. Wohl gelang es der Stadt, einige ihrer hohen Häuser hier herauszuheben, aber sie stehen allein und ihre fensterlosen, schiefen Brandmauern vermögen nicht zu überzeugen.

Kleine Landhäuser mit flachen Dächern umschwärmen sie, aber sie sind zu abgekämpft und kommen für einen ernsthaften Kampf nicht in Frage. Aber schon die kleinen Gärten, in denen verhärmte Frauen über verstaubtem Gewächs sich beugen, sind ein Siegesband, dessen Truppen nun dichter und dichter sich stellen. Ziegen kommen aus verfallenden Ställen und fressen das Gras von den Rändern der Straße, die das Land hineinlocken sollte in die Stadt. Die vielen Pfützen und Löcher in ihrem Asphalt sind Beweis dafür, daß sie überwältigt wurde.

Und so ist es hier mit allem. Gärten wechseln ab mit Bauplätzen. Fabrikzäune mit grünen Hecken. Die Ruine eines wegen Geldmangels unvollendet gebliebenen Neubaus glöht mich an. Sie ist der unerwischbare Zeuge der Niederlage einer Gesellschaft, die Wertvolles umkommen läßt, weil sie die Kräfte, die ihr zur Verfügung stehen, nicht einzusehen weiß, daß sie das Begonnenen vollenden.

Eine Garage steht da, aufgezogen von der Stadt als Zeichen ihres Sieges, aber das Auto, das diese Garage trägt, ist ein sehr altes Vehikel und kann für seine Sache nicht mehr werden. Den Gassen, die das vorrückende Land der wehenden Stadt entgegenstehen, geht es nicht besser. Ihr Gefieder ist seelig und wie sie im Straßentot wühlen, ist ihr lautes Geschrei nichts als das überhebliche Geschrei unkultivierter Schmutziane.

Vorläute Hunde bellen lauter als nötig. Frauen sitzen vor ihren Türen, schimpfen mit den sich im Dreck halgenden Kindern und stricken dicke, wollene Strümpfe. Die Maschine, die hundertmal so viel und schnell strickt, hat ihre Arbeit noch nicht unrentabel gemacht. Die freie Zeit armer Leute ist ja so billig. Von dünnen Leinen, die in den kleinen Gärten von Laube zu Laube sich spannen, weht bunte Wäsche. Und je weiter ich nun komme, desto mehr verliert die Stadt an Boden.

Hier hat sich noch eine Fabrik hergesetzt. Aber diese Fabrik ist nichts als ein Haufen rostigen Schrotts. Und selbst das sinkende Gefach, das hinter einer Front zerfallener Fenster hervorkommt, kann ihre Ehre nicht retten. Schlämme mach sie sich vor der Schmelze, die weinige hundert Meter weiter ihr lustiges Pink-Pink auf die Straße schallen läßt. Aber auch sie ist keine richtige Schmelze mehr. Autoreparaturwerkstätte steht über ihrem Eingang und darunter: Hier können Pferde beschlagen werden. Auch das ist schon keine Selbstverständlichkeit mehr.

Und dann bleibt die letzte Erinnerung an die Stadt zurück. Breit und behäbig setzen die ersten Bauernhäuser sich an den Weg. Größer werden die Felder, die hinter ihnen sich dehnen, dicker die Gesichter, die von der Arbeit ausschauen oder durch offene Fenster blicken. Und über jeder Pforte, jedem Hause, steht der Name seines Besitzers. Nichts Gemeinliches mehr. Nichts, von dem viele sagen dürfen: dies gehört uns. Aber alles schreit hier laut in die Welt: dies ist mein und dies und dies. Selbst die Wege, die durch die torbestandenen Felder führen, wehren sich gegen den Fremden mit erhobenem Schild: Privatweg.

Und doch fanden so viele gleich mir, den Weg hierher. Sie freuen sich an den bunten Kühen auf den fetten Wiesen und den glänzenden Pferden in ihren Gehägen. Sie haben den Trost verloren, haben sich ganz an das Land verloren, das sie lieben, weil es ihnen den Frieden schenkt, den sie in der Stadt vergeblich suchen. Und wie sie weiter wandern unter den Stämmen der sich behnenden Wälder und zurückblicken zur Stadt, deren zerschwimmende Silhouette im blauen Dunst der Ferne sich verliert, sind sie nichts als Menschen, die den Frieden suchen und in einer sonnigen Bucht am leise rinnenden Fluß werfen sie die letzten Hüllen ab, um sich zu tummeln im Wasser, sich zu dehnen im weichen, durchwärmten Sande.

Doch als es dann Abend wird, löst vom nahen Dorfe das Rufen einer Glocke. Weiter von der Stadt her ruft der scharfe, schneidende Schrei einer Sirene. Und doch, ob das weiche himmelnde Glöckchen sie auch verlocken möchte, sie alle entscheiden sich für die Stadt. Es zieht sie zu den langen Zellen hoher Häuser, die eng bei eng zusammenstehen. Es zieht sie in die Stadt, den Ort ihrer gemeinsamen Kämpfe.

Ferientolonie der Taubstummen-Anstalt.

Wie im vorigen Jahre, so wurde auch in diesem Jahre von der Breslauer Taubstummen-Anstalt eine Ferientolonie taubstummer Kinder ausgerichtet und zu einem vierwöchentlichen Erholungsurlaub im Gasthof zur 'Goldenen Sonne' in Jobten am Berge untergebracht. Der Verein für den Unterricht und die Erziehung Taubstummer hatte die Mittel bereitgestellt, um 20 taubstumme Kinder auf 28 Tage hinauszuführen aus der Großstadt. Kinder, die sonst die harte Ferientage in Breslau Straßenraub, vielleicht gar sich selbst überlassen, hätten verbringen müssen. Gute und reichliche Kost, bequeme Ruhe und dauernder Aufenthalt in frischer, reiner Luft in dem schönen Jobtenlande, haben das Jahrige dazugetan, daß sich die Kinder alle gut erholten und so einem langen Großstadtwinter leichter widerstehen werden.

Schwere Verurteilungen eines Pflegeraters.

Vor dem Großen Schöffengericht stand der 38 Jahre alte Inspektionsinspektor Ernst Sch., um sich wegen verurteilter Notzucht und eines Stillsitzensverbrechens an einer Verwandten absetzender Pläne zu verantworten. Das Verbrechen hat er an seiner 13jährigen Stiefnichte verübt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Das Urteil lautete auf ein Jahr drei Monate Gefängnis und sofortige Verhaftung des Angeklagten.

Das Schaufenster am Abend.

Jeder, der gelegentlich durch die abendlichen Straßen der Stadt zu schlendern beliebt — und welcher moderne Mensch läte das nicht mit Vorliebe — hat wohl schon mit Befriedigung festgestellt, welche ungemeine Verbesserung die Schaufensterbeleuchtung vielfach in neuester Zeit erfahren hat. Wir sehen heute Schaufensterauslagen von geradezu faszinierender Wirkung, an denen man einfach nicht achtlos vorbeigehen kann. Wenn wir dann vor den Schaufenstern halt machen und uns fragen, was eigentlich dieses zwingende Moment zum Stehenbleiben war, wird die Antwort gewöhnlich ein und dieselbe sein: Das Licht, die wundervolle Helligkeit, die alles im Fenster in den Schimmer von Freude und Lebensbejahung eintaucht, die wir so lieben und die uns in unvergleichlicher Weise das Licht zu vermitteln vermag.

Das Auffallende und Neuartige ist nun, daß gerade in den Schaufenstern, die uns durch schönste, schmeichelndste Helligkeit in ihren Bann ziehen, überhaupt keine Lichtquelle ins Auge fällt. Und das ist tatsächlich das Typische der modernen, lichtwirtschaftlich richtigen Schaufensterbeleuchtung: Die Lichtquellen sind vollkommen aus dem Gesichtsfeld entfernt, verdeckt hoch oben, dicht an der Scheibe angebracht. Aus zweckmäßig ausgewählten, für den Beschauer unsichtbaren Reflektoren strahlt das Licht zahlreicher starker Glühlampen in den Fensterraum und überflutet die Warenanslage, so daß diese selbst die frohe Helligkeit ausstrahlt, die uns gefangen nimmt. Während früher die Lampe bzw. der Beleuchtungskörper als hellster Fleck im Fenster den Blick auf sich zog, kommt jetzt allein die gut beleuchtete Ware zur Geltung, was ja der Zweck der Schaufensterauslage ist.

20 Jahre Jugend-Internationale

Alle jungen Arbeiter und Lehrlinge alle Jungsozialisten kommen am 28. August, vormittags 10 Uhr zur Internationalen Kundgebung

in den großen Saal des Gewerkschaftshauses

Rezitationen: Genosse Eggers Musik: Z. d. A.-Jugend • Sprechchor der S. A. J. Ansprachen: Gen. Pleyi-Wien und Revenilow Sozialistische Arbeiter-Jugend Jungsozialisten

Weshalb soll die Miete erhöht werden?

Das Wort von der Angleichung der Mieten ist fast zum Schlagwort geworden. Berechtigt ist die Forderung, die Mietspanne zwischen Altbauwohnungen und Neubauwohnungen weitgehend zu beseitigen. Aber das kann geschehen durch Senkung der Neubaupreise und nicht durch Erhöhung der Altbaurenten, denn je mehr man die Altbaurente erhöht, um so höher klettern die Preise auf dem Baufeldmarkt. Der Index für Baufeldpreise betrug im Januar dieses Jahres 149,7, im April 154,7, im Mai 160,2. Auf diese Weise wird man zu einer Angleichung der Mieten nicht kommen. Jedesmal, wenn die Altmieten erhöht werden, erhöhen sich die Baufeldpreise und damit die Neubaupreise und damit die Mieten in den Neubauten. Mit der Mieterhöhung gibt man nur allzu leicht den Anreiz, die Baufeldpreise noch höher hinaufzuschraubten.

Die Lohn- und Gehaltsverhältnisse sind heute so, daß für breite Massen eine weitere Erhöhung der Mieten einfach untragbar ist. Deshalb findet man so viel Neubauwohnungen längere Zeit leer stehen. In der Deffektivität wird der Gedanke vertreten, die Kraft mehr auf Lohnerhöhungen zu konzentrieren, als für niedrige Zwangsmieten sich einzusetzen. Das ist aber nicht so einfach. Mieten können vom Parlament beschlossen werden, Löhne jedoch nicht. Jeder Beruf und jede Berufsgruppe ist gezwungen, in oft harten Kämpfen sich die Lohnerhöhungen erst zu erringen, und das gelingt nicht immer und in vollem Ausmaße und nicht gleichzeitig, weshalb immer ein Teil gekümmert sein wird. Das Preisverweigerungsministerium gibt sogar ohne weiteres zu, daß große Personentreife überhaupt nicht in der Lage sind, die Mieteerhöhung in irgendeiner Form abzuwälzen. Was sollen aber diese großen Personentreife machen, wenn die Miete von 100 auf 150 oder gar 160 Prozent steigt? An eine weitere Verelendung kann doch nicht gedacht werden, und wenn es wirklich den lohn- und gehaltserhöhenden Schichten gelingt, höhere Löhne zu erreichen, sind dann nicht die Erzeugertreise dabei, sofort wieder ihre Preise in die Höhe zu setzen, und zwar in einem Prozentverhältnis, das oft das der Lohnerhöhungen übersteigt? Dann haben zwar die arbeitenden Schichten nominell einen höheren Lohn, sie können aber damit weniger anfangen als vorher.

Die Hauptkraft wird deshalb konzentriert werden müssen auf die Senkung der Preise und auf die Steigerung des Reallohnes. Dazu gehören nun einmal die Mieten als wesentlicher Bestandteil, und wenn man die Mieten um weitere 40 bis 50 Prozent im Laufe der Zeit erhöhen will, dann bedeutet das für viele eine Ausgabe von monatlich zwanzig und mehr Mark. Und wie sich eine solche Lohnerhöhung durchsetzen läßt und wie sie sich auf unsere gesamte Wirtschaft auswirkt, das wissen auch die Kreise, die sich jetzt für eine Mieterhöhung einsetzen. Vor dieser Methode, die Mietpreise auszugleichen, muß früh genug gewarnt werden.

Es läßt sich nicht leugnen, daß diese Zeiten ihre Berechtigung haben, und niemand wird sich wundern, daß ihnen hier Raum gegeben ist. Verblüffend ist nur, sie in einem sozialdemokratischen Blatt zu finden, dessen Vertreter in den Parlamenten die hier niedergelegten Gedanken bisher geschildert übersehen haben. Die 'Sozialistische Tagespost' ist einem bei ihrer Einstellung als geradezu unerhört zu bezeichnenden Anfall von Ehrlosigkeit unterlegen und hat den vorstehenden Artikel in ihrer Nummer vom 17. August veröffentlicht. Wir nehmen an, daß dies nur ein Versehen ist, dem allerdings überdies Enttäuschungskürme deutschnationale Hausbesitzer, die ihre 'berechtigtesten Interessen' dadurch gefährdet sehen, folgen dürfen.

Es ist ja auch unglaublich, in den Parlamenten bemühen sich die deutschnationalen Vertreter um möglichst ergiebigen Mietwucher und den Abbau des Mieterlohnes mit dem Eifer echter Geldbesitzer, und in ihrem schließlichen Verblüff sind ihnen eine solche Politik naturgemäß führen müsse. Da müssen doch schließlich alle deutschnationalen Grundbesitzer ins Gedränge kommen. Die 'Sozialistische Tagespost' kann sich gratulieren.

Der Sicherheitsingenieur.

Ein Vorschlag zur Verminderung der Unfallgefahren in den Betrieben.

Unfälle in gewerblichen Betrieben schädigen den Menschen und zugleich durch den Ausfall seiner Arbeitskraft die Wirtschaft. Die Gesetzgebung kennt deshalb bestimmte Unfallverhütungsvorschriften zum Schutze von Menschen und Wirtschaft.

Es wird vom Reichsarbeitsministerium und von den Berufsgenossenschaften in letzter Zeit vor allem eine umfassende Unfallverhütungpropaganda ausgetrieben. Das Bild, der Film, das Wort, die Schrift werden aufklärend angewendet. Es gibt daneben praktische Unfallverhütungsmagnahmen, die nicht angeordnet werden können, weil sie über den Rahmen der gesetzlichen Unfallverhütungsvorschriften hinausgehen und mittleren und kleineren Betrieben auch zu kostspielig erscheinen. Aber was der einzelne Unternehmer sich nicht leisten kann, kann eine Anzahl Unternehmer sich vielleicht leisten. Gemeint ist die Anstellung eines besonderen Sicherheitsingenieurs, der seine ganze Tätigkeit auf die Beseitigung von Unfallgefahren richtet. Er kontrolliert die Betriebe auf die Unfallverhütung hin, macht Vorschläge, gibt Anregungen, beantragt Änderungen usw. Er legt eine Betriebsaufsicht an über den durch die Unfälle verursachten Arbeitsausfall, sorgt für die sofortige Ueberführung des Verletzten in ein geeignetes Krankenhaus, hält die Verbindung mit den Berufsgenossenschaften aufrecht, wertet deren Erfahrungen und neue Schutzmaßnahmen aus usw.

Der Sicherheitsingenieur hat natürlich auch genauester Kenner der gesetzlichen Vorschriften über Unfallverhütung, Versicherungsrecht und Haftpflicht zu sein. Er wird seinem Betriebe bald einen einträglichen und positiven Dienst erweisen.

Die Sicherung der Straßenbahnhaltestellen.

Die möglichst weit reichende Sicherung der Straßenbahn- und Autobusstationen gehört heute zu den wichtigsten Erfordernissen im großstädtischen Verkehr. Viel zu spät ist man dazu übergegangen, in Breslau besonders Anstrengungen für die Straßenbahnstationen zu schaffen, die diese von den Gefahren des Automobilverkehrs abschließen. Auf dem Lauenhainplatz, am Ring, auf dem Königsplatz und anderen Stellen sind solche Inselsteige zu sehen, die mit einer rot-weißen Eisenumrandung versehen sind.

Die Verkehrspolizei hat die früheren schmalen Inselsteige, die dem gewachsenen Verkehr bei weitem nicht mehr entsprachen, durch breitere, festgeplasterter ersetzen lassen.

In manchen Stellen — und gerade an den wichtigsten lassen aber die Haltestellenverhältnisse noch vieles zu wünschen übrig, zum Beispiel an der Hauptpost. Dort sieht man es oft, wie Kraftwagenführer und andere Fuhrwerkslenker, sowie Radfahrer mit Vorliebe schnell vorbeifahren, obgleich die Straßenverkehrsordnung von ihnen ausdrücklich fordert: an den Straßenbahnhaltestellen mit vermindertem Geschwindigkeit und in genügender Entfernung von den Gleisen vorbeizufahren.

Für die Autobusse, die ganz dicht an den Bürgersteige heranfahren können, sind besondere Inselsteige nicht erforderlich.

Auf dem Königsplatz stehen schon seit Monaten eine Anzahl rot-weiße gestrichene, gußeiserne Richtungs Pfeiler, die zur Regelung des Fuhrwerks- und Autoverkehrs dienen und die zweifellos praktischen Wert haben. Das Publikum, insbesondere die Straßenbahnfahrer müssen gegen Verkehrsunfälle, soweit es irgend geht, geschützt werden.

Änderung der Telegraphengebühren.

Durch die landesweitige Freilegung der Telegraphengebühren vom 1. August ab sind nicht ausschließlich Erhöhungen dieser Gebühren eingetreten, sondern auch, was noch nicht allgemein bekannt zu sein scheint, Ermäßigungen. Und zwar wird hinter die Gebühr für die Stundung von Gebühren, die sich auf 2 vom Hundert des zu stundenden Betrages belief, weder für Telegramme erhoben, die am Schalter ausgeliefert werden, noch für solche, die durch Fernsprecher oder Nebentelegraphen zur Aufgabe gelangen. Ferner können fortan den Telegramm- und Landstationen Telegramme zur Auslieferung mitgegeben werden, ohne daß dafür die früher fällige Gebühr von 10 Pfennigen für jedes Telegramm zu entrichten ist. Eine weitere Ermäßigung besteht darin, daß die im Anschlußbereich des Breslauer Fernsprechnetzes liegenden Orte Althofen, Bartheln, Bischofswalde, Brodau, Carlowitz, Cosel, Dürrgön, Dürrjentsch, Friedwalde, Groß-Mochberg, Groß-Tschansch, Grün ich, Harlitz, Klein-Gandau, Klein-Mochberg, Klein-Tschansch, Kleitendorf, Krietern, Kundschieß, Lamsfeld (Kreis Breslau), Lichtenhof (Kreis Breslau), Mariachöfen, Neuhaus bei Dittwisch, Ostaschin, Opperau, Oswitz, Dittwisch, Pilsnitz, Piricham, Pleischwitz, Pöpel, Rosenthal (Kreis Breslau), Schmiedefeld, Schottwitz, Schwentnitz, Treichen, Weßlig, Wilhelmstuh, Woißschwitz, Zeditz bei Breslau und Zimpel in den Ortsverkehr einbezogen worden sind, so daß die Vortagegebühr bei Telegrammen an Empfänger in diesen Orten anstatt 10 Pfennige nur noch 8 Pfennige (Mindestgebühr eines Telegramms 8 Pfennige) beträgt. Für die Vortagegebühr in Brieftelegrammen ist schließlich der bisherige Satz von 5 Pfennigen beibehalten worden, nur ist jetzt die Mindestgebühr für solche Telegramme von 1 Mark auf 1,50 Mark erhöht worden. Dafür kann nunmehr aber auch deren Vortage auf 30, anstatt, wie früher, auf 20 beziffert werden.

Bei dieser Gelegenheit wird erneut hingewiesen auf die Möglichkeit des Empfanges angekommener Telegramme in den Fernsprechanstaltungen und der Auslieferung von Lx-Telegrammen, das sind Glückwunschtelegramme, die dem Empfänger unter Benutzung eines künstlich angefertigten Formblattes zu gestellt werden sollen.

Der Fernsprechteilnehmer, der sich die für ihn angekommenen Telegramme durch Fernsprecher zusprechen läßt, erhält nun deren Inhalt wesentlich schneller Kenntnis, als wenn ihm die Telegramme durch Boten zugeführt werden. Das Zusprechen erfolgt unentgeltlich. Die Ausfertigungen der Telegramme erhält der Empfänger auch, sie werden ihm bei der nächsten Briefbestellung durch den Boten überbracht. Für diese Zustellung ist ebenfalls keine Gebühr zu zahlen.

Ein tödlicher Zusammenstoß.

Vor dem Kleinen Schöffengericht stand am Mittwoch der Kraftwagenführer Erhardt A., um sich wegen fahrlässiger Tötung zu verantworten. Die Anklage legte ihm zur Last, daß er durch zu schnelles Fahren einen Zusammenstoß mit einem Radfahrer hervorgerufen habe, bei dem der 21 Jahre alte Dreifacher 3. den Tod fand. Der tragische Zusammenstoß ereignete sich am 1. Dezember vorigen Jahres, abends gegen 8 Uhr, an der Ecke Ohlauufer und Feldstraße. Der Autoführer war vom Ohlauufer her gekommen und wollte nach der Feldgartenstraße, während der Radfahrer aus der Feldstraße kam. Der Zusammenstoß der beiden Gefährte erfolgte mit solcher Wucht, daß der

Jedem ein Jahrbuch! Abholung ganz nach Wunsch. R. Müller & Sohn, Lauenhainstraße 55, Nähe Lauenhainplatz.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Sicherlegung des 308.

Amsterdamer Stimmen.

Der Beschluß des Pariser Gewerkschaftskongresses, den Sitz des Internationalen Gewerkschaftsbundes von Amsterdam zu verlegen, wird begreiflicherweise in Amsterdam besonders lebhaft begrüßt. Die Sicherlegung ist für Amsterdam aber eine tief einschneidende Maßnahme; denn dort haben auch große internationale Berufsvereine, wie die der Transportarbeiter, Fabrikarbeiter, der Angestellten und des Behördenpersonals, ihren Sitz. Aber nicht die technischen Vorteile, die die Gemeinamkeit des Sitzes großer gewerkschaftlicher Organisationen mit sich brachte, sind es, warum in Amsterdam der Wegzug der 308. Leitung beabsichtigt wird. Was man beabsichtigt, ist die Sicherlegung im jetzigen Augenblick, wo der Gegensatz Moskau-Amsterdam wieder besonders scharf hervorgetreten ist.

Auch die letzten Parteifreie und die führenden Gewerkschafter der niederländischen Bewegung verhalten sich nicht die Notwendigkeit einer tiefgehenden Reorganisation des 308. Sie wissen, daß für diese Reorganisation nicht der finanzielle Gesichtspunkt allein ausschlaggebend ist, sondern vor allem das große Problem, wie die Arbeiterschaft in einer Zeit allgemeiner Sammelung der Reaktion wieder zu einer größeren Einheitlichkeit und Geschlossenheit gelangen kann. Für die Lösung dieses Problems hat dieser Tage das führende sozialdemokratische Blatt in Holland, „Het Volk“, eine Anregung gegeben, die auf dem Wege einer Zusammenfassung in Kontinenten eine universale Gruppierung der Arbeiterbewegung herbeiführen will.

„Het Volk“ sieht in dem englisch-russischen Ausschuß, der so viel Vermittlung geküßt und die englische Arbeiterschaft so vielfach nachteilig beeinflusst hat, nichts als eine jener vorübergehenden Irrungen, wie sie eine große Massenbewegung auf dem Wege zu ihren gewaltigen Zielen notwendig durchlaufen muß. Das Blatt schlägt vor, an Stelle dieses Ausschusses einen europäisch-russischen Ausschuß zu schaffen, der zunächst jedem der beiden Kontinente in den eigenen Angelegenheiten freie Bahn läßt, aber doch einem allmächtigen gegenständlichen Vorarbeiten soll. Gleichberechtigt daneben stellt das Blatt einen europäisch-amerikanischen Ausschuß, der das Proletariat der beiden großen Kontinente, deren kapitalistische Kreise sich längst die Hand zu reiben verstanden haben, in enger Beziehung bringt, und einen asiatisch-europäischer Ausschuß, der die Millionen schwer arbeitender Menschen in China, Japan und den beiden Indien aus ihrer Isolation befreit. Auf diese Weise, sagt „Het Volk“, würde die Arbeiterschaft erst einmal zum Denken in Kontinenten erzogen und gegliedert, darüber hinaus universales Weltgemüt zu heben, früher oder später daraus die wahre, allumfassende Internationale erwachen würde.

Die Amsterdamer Internationale hat bereits ihre Geschichte. Gegenüber den vielen kritischen Stimmen, die während des Kongresses und nach diesem laut wurden, wäre es doch einmal eine gerechte Würdigung dessen, was die Amsterdamer Internationale bedeutet hat, am Platze. Ihr Werk war der Wiederaufbau in einer Zeit, wo diesem Aufbau schier unüberwindliche wirtschaftliche und politische Widerstände im Wege standen. Was trotz der furchtbaren Zerplitterung hierfür in diesen Jahren in Amsterdam geleistet worden ist, kann sich sehr wohl sehen lassen. Die Gründe für die jetzt notwendig gewordene Reorganisation liegen in der Notwendigkeit, den Notbau, den die Amsterdamer Internationale darstellte, durch einen soliden Neubau zu ersetzen. Betrachtet man die Dinge unter diesem Gesichtspunkte, dann begriff man die historische Notwendigkeit der Amsterdamer Internationale, und man kommt über ihre Mängel und Tücken leichter hinweg.

Freigewerkschaftliche Stimmen zum Reichsschulgesehtwurf.

„Der Volkslehrer“, das Organ der freigewerkschaftlichen Bewegung, schreibt in seiner neuesten Nummer unter anderem: „Die Spannung des Varenis ist vorüber. Die Reichsbildungsregierung hat den Reichsschulgesehtwurf fertiggestellt. Er ist veröffentlicht.“

Gewiß, man hatte Schlimmes erwartet. Aber es kann wohl gesagt werden: Der vorliegende Entwurf übertrifft beinahe noch die schmerzlichen Erwartungen... Den wichtigsten Anforderungen, die eine Lehrer-Gewerkschaft an ein Reichsschulgesetz zu stellen hat, schlägt der vorliegende Entwurf geradezu ins Gesicht. Einer unserer allgemeinen Programmpunkte lautet: „Die G.M.W. bekämpft vom berufsgewerkschaftlichen Standpunkte aus alle Einflüsse kirchlicher und weltanschaulicher Verbände auf das Schulwesen, durch welche die Rechtswidrigkeit des Lehrerstandes verleiht wird. Sie setzt sich daher für die volle Wahrung der beamtenrechtlichen Stellung der Lehrerschaft, unabhängig vom dem Religionsbekenntnis und der Weltanschauung, ein.“

Keine der in dem Entwurf vorgesehene drei Schulformen entspricht den maßvollen Forderungen, die wir in unserem Programm aufgestellt haben. Am wenigsten natürlich die Bekenntnisschule: „Sie erfüllt die Unterrichts- und Erziehungsaufgaben gemäß dem Glauben, in dem die Kinder erzogen werden.“ Die Lehrer müssen dem betreffenden Bekenntnis angehören; die Vorgesetzten sind entsprechend auszuwählen; ja, es bekommen sogar Geistliche wieder Aufsichtsbefugnisse; sie erhalten nicht nur Sitz und Stimme in den örtlichen Schulaufsichtsböörden, sondern können auch in den Religionsunterricht „Einsicht nehmen“. Das ist nichts anderes als die Wiederherstellung der geistlichen Schulaufsicht — mag sich auch die „Amtliche Erläuterung“ noch so sehr dagegen verwahren.

Diese geistliche Schulaufsicht wird auch auf die Simultanschule (Gemeinschaftsschule) ausgedehnt; im übrigen besteht der einzige Unterschied von der Bekenntnisschule darin, daß in der Simultanschule keine Rücksicht auf die Besonderheiten einzelner Bekenntnisse und Weltanschauungen genommen werden soll. Die Abhängigkeit von den Kirchen ist in demselben Maße vorhanden. Aber nicht nur bei Bekenntnis- und Gemeinschaftsschule ist die Rechtswidrigkeit des Lehrers in Frage gestellt — auch bei der bekenntnisfreien Schule kann sie in Gefahr kommen. Allerdings handelt es sich hier nur um eine Kann-Bestimmung, die von Voraussetzungen abhängig gemacht wird, die nicht allzu häufig zutreffen werden.

Alles in allem: Die Rücksichtslosigkeit, mit welcher der neue Reichsschulgesehtwurf gegen die Lehrerschaft vorgeht, ist kaum zu überbieten. Wie ist das aber möglich? Wenn die Lehrerschaft ein Machtfaktor im öffentlichen Leben wäre, könnte man ihr so etwas nicht zumuten. Aber hier ist vielleicht der springende Punkt: Der größte Teil der Lehrerschaft ist isoliert. Von der Arbeiterbewegung will man nichts wissen, und vom Bürgerstand wird man im Stich gelassen. So war es bei der Besetzung des Reichsschulgesetzes. Das Reichsschulgesetz, das man her so in die Hände der Lehrerschaft gab, wurde dem Reichslehrerverein der Deutschen Beamtenschaft, die kirchlichen Gewerkschaften im Deutschen Beamtenschaftsverbande, die ganz energig einen Kampf gegen die Machtansprüche der Kirchen verbieten. Wie eng verbandt sind dagegen unsere Forderungen mit dem, was die freigewerkschaftlichen Arbeiter, Beamten und Angestellten wollen!

Wieder einmal zeigt es sich mit scharfer Klarheit für jeden, der sehen will: Die Lebensinteressen der Lehrerschaft können nur von einer freigewerkschaftlichen Organisation erfolgreich vertreten

werden. Unsere G.M.W. bekommt unter diesen Umständen eine ganz besondere Bedeutung. Ihre historische Aufgabe ist es, die gesamte freie Arbeiterbewegung aufzurufen zum Kampf gegen die unerbittlichen Machtansprüche der Kirchen. Da darf kein Gewerkschaftsleiter die Verantwortung auf sich nehmen, jeder ein Nebenmann in die Verantwortung der freien Arbeiter, Angestellten und Beamtenverbände! Und wenn andere bringende Fragen die Zeit wegnehmen — eine Viertelstunde fällt überall für Schulfragen ab.

Der Reichsschulgesehtwurf will die Entscheidung über das Schicksal der Schule und der Lehrer in die Hände der Eltern legen. Zeigen wir den heiligen Nachbarn, daß die Eltern ihnen nicht blindlings folgen! Sollte aber wirklich der vorliegende Entwurf in dieser oder jener Form Gesetz werden, dann müssen die Eltern fähig sein, die richtige Wahl zwischen den einzelnen Schulformen zu treffen.“

Wer führt die Angestellten?

Es wird uns geschrieben: Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband berichtet nicht nur in seiner eigenen Zeitschrift „Die deutsche Handelsmacht“, sondern in den letzten Monaten und Wochen auch in der ihm zur Verfügung stehenden Presse über Wahlsiege und Mitgliederzustand. Die im Allgemeinen freien Angestelltenbund vereinigten freien Angestelltengewerkschaften lehnen es seit Jahren ab, mit dem D.H.W. über Mitgliederzahlen zu streiten. Wenn der Afa-Bund nunmehr doch gezwungen ist, zu einigen Vorgängen der letzten Zeit Stellung zu nehmen, dann nur, um in der breiten Öffentlichkeit kein falsches Bild über die tatsächliche Gruppierung der gewerkschaftlich organisierten Angestellten auskommen zu lassen.

Die Angestelltenratswahlen des Jahres 1927 haben es dem D. H. W. besonders angeht. Er konstatiert einen Wahlsieg in allen Gauen und bestätigt sich selbst, daß der Erfolg auf seiner Seite zu suchen ist. Eine groß aufgemachte Statistik, von der er in der Erläuterung allerdings zugestehen muß, daß eine reifliche Erfassung der Betriebe bei der absoluten Fülle der für die Wahlen bei den einzelnen Betrieben maßgebenden Daten praktisch unmöglich ist, soll diesen Nachweis erbringen. Diese Statistik hat die Betriebe nicht nur nicht reiflich erfasst, sondern entspricht in wichtigen Positionen auch nicht den Tatsachen.

So weist diese Statistik für den Gau Niederrhein 24.941 Angestelltenratsmitglieder des Gesamtverbandes Deutscher Angestelltengewerkschaften, darunter 287 Vertreter des D. H. W. auf. Dem Afa-Bund sind insgesamt 197 Vertreter zugefallen. Als der D. H. W. diese Zahlen ankündete, mußte ihm bereits das Ergebnis der Bezirksratswahlen im Ruhrbergbau, das vom Generalverband, also von der Unternehmerrorganisation, zusammengestellt wurde, bekannt gewesen sein. Der Generalverband gibt für den Gesamtverband Deutscher Angestelltengewerkschaften 182, darunter 31 für den D. H. W. und für den Afa-Bund 368 Angestelltenratsmitglieder an.

Die Arbeitgeberorganisation ist dem Afa-Bund bestimmt nicht günstiger geneigt als dem D. H. W. Wenn sie nicht umhin kann, den übertragenden Einfluß der Afa-Verbände anzuerkennen, so stellt die Bedeutungslosigkeit des D. H. W. und seiner Anhänger außer Zweifel. Wollten wir die übrigen Wahlsiege des D. H. W. auf ihre Richtigkeit nachprüfen, so würden sicher ähnliche Ergebnisse die Folge sein. Wenn die Statistik über die Mitgliederstärke des D. H. W. ähnlich wie die Berechnungen über die Angestelltenratsmitglieder aufgebaut ist — und daran ist nach dem vorerwähnten Beispiel nicht zu zweifeln — dann darf man dem D. H. W. auch für die Zukunft keine „Siege“ gönnen.

Diese „Siege“ erinnern im übrigen an einen Vorfall, der sich im vorigen Jahre bei der Neubildung des Verwaltungsausschusses des öffentlichen Arbeitsnachweises für Leipzig und Umgebung abgespielt hat. Der Gesamtverband Deutscher Angestelltengewerkschaften, der in Leipzig unter der Führung des D. H. W. steht, meldete einen Bestand von 18.084 Mitgliedern. Die Nachprüfung der Mitgliederkartei durch Beamte des Arbeitsnachweises brachte das — uns nicht überraschende — Ergebnis, daß 4000 bis 5000 Mitglieder zu viel angegeben waren. Wendet man das gleiche prozentuale Verhältnis auf die gesamte Mitgliederstärke des D. H. W. an, dann bleiben von den mehr als 300.000 Mitgliedern circa 200.000 Verbandszugehörige übrig.

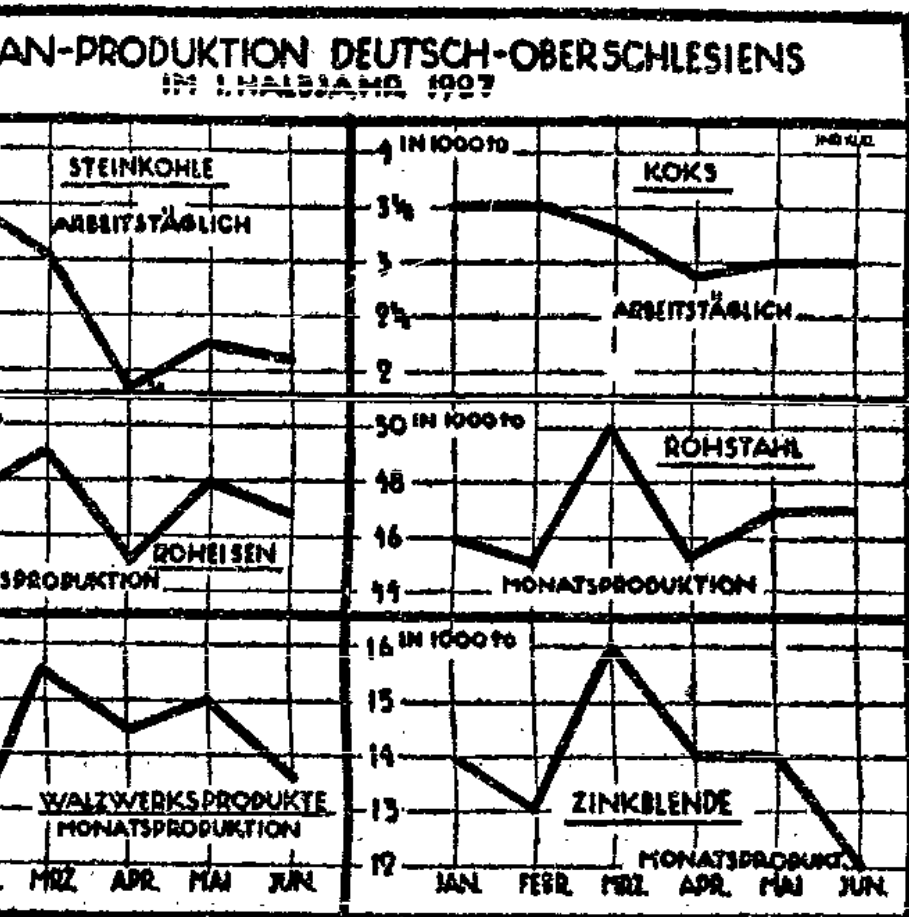
Die Öffentlichkeit weiß aber schließlich auch ohne komplizierte Berechnungen, daß der Afa-Bund mit seinen annähernd 450.000 Mitgliedern die freie Angestelltengewerkschaften haben Großsprecheri nicht nötig. Dafür kämpfen sie um so mehr für die Interessen der gesamten Angestelltenschaft.

Deutsch-Oberschlesiens Montanproduktion im ersten Halbjahr 1927.

Die Montanproduktion Deutsch-Oberschlesiens hatte im ersten Halbjahr 1927 nicht die bedeutendste Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen, wie in den letzten Monaten des Jahres 1926. Zwar fiel die Absatzbelegung für Steinkohle noch in die ersten beiden Monate des laufenden Jahres und zwar bedarf, daß der Januar mit einer förderfähigen Erzeugung von 67.369 Tonnen das bisherige Höchstergebnis darstellt, doch zeigt die nachstehende Graphik, die in Nr. 16 des Fachblattes „Industrie-Kurier“ erschienen ist, daß in den folgenden Monaten bis einschließlich April die Erzeugung beträchtlich gesunken ist. Bekanntlich hat der Steinkohlenbergbau im April auch über besondere Absatzschwierigkeiten zu klagen gehabt. Im Mai machte sich bereits wieder eine leichte Besserung bemerkbar, die auch im Juni ankam, doch konnten die Produktionsziffern der ersten Monate des Jahres noch nicht wieder erreicht werden. Im Juli hat dann die Absatzbelegung beträchtliche Fortschritte gemacht. Sie erreichte mit arbeitsmäßig 68.918 Tonnen nahezu das Ergebnis des März.

Die Entwicklung der Koks- und Eisenerzeugung im ersten Halbjahr 1927 zeigt nur unwesentliche Veränderungen. Der Koksstand wurde im April mit arbeitsmäßig 2892 Tonnen erreicht.

Die Metallindustrie hatte zum Teil eine beträchtliche Steigerung ihrer Erzeugung aufzuweisen, die auf der allgemeinen, vom Baumarkt ausgehenden inländischen Konjunkturbelebung beruhte. Die Koks- und Eisenerzeugung hat jedoch in den einzelnen Monaten des Berichtshalbjahres das Januarergebnis nicht wieder erreichen können. Sie erreichte im April mit 24.697 Tonnen ihren niedrigsten Stand. Mehr von der Konjunkturbelebung waren Rohstahl- und Walzwerkprodukte betroffen. Bei Rohstahl hat sich die Erzeugungsturve von ihrem Tiefstand im Februar mit 44.968 Tonnen, im März plötzlich auf 49.877 Tonnen erhöht, um jedoch im folgenden Monat wieder auf 45.095 Tonnen zurückzugehen. Auch die Walzwerkproduktion konnte ihre bedeutendste Steigerung im März verzeichnen, in welchem Monat sie sich auf 31.584 Tonnen auf 39.025 Tonnen erhöhte, in den folgenden Monaten war



ste, unter Schwankungen im allgemeinen, wieder abwärts gerichtet.

Beim Metallbergbau stellt die Produktion von Zinkblende das Haupterzeugungsgebiet dar. Auch sie hatte im März ihre bedeutendste Steigerung von 13.159 Tonnen auf 15.712 Tonnen zu verzeichnen, doch hat sie sich in den folgenden Monaten bis Juni wieder auf 12.083 Tonnen ermäßigt. Die Absatzverhältnisse auf dem Zinkmarkt haben bekanntlich erst im Juli eine durchgreifende Besserung erfahren, da die Zinkblechabrufe von letzter. des Baumarktes erst in diesem Monat in stärkerem Umfang eingeleitet haben.

Gleichbleibende Besserung des niederschlesischen Arbeitsmarktes.

In der Berichtswochen vom 4. bis 10. August ging im Bereiche des Niederschlesischen Landesamtes die Zahl der Arbeitssuchenden von 51.025 auf 48.659, die der Erwerbslosenunterstützungsempfänger einschließlich der Krisenunterstützten von 32.230 auf 30.944 weiter zurück.

In der Stadt Breslau sank die Zahl der Arbeitssuchenden von 30.887 auf 29.470, die der Unterstützungsempfänger einschließlich der Krisenunterstützten von 20.868 auf 20.403.

In der Landwirtschaft ist die Arbeitsmarktlage unverändert. Die Zahl der offenen Stellen, die nicht besetzt werden können, ist recht erheblich, da die Ueberführung städtischer Erwerbsloser sehr große Schwierigkeiten macht.

Der Bergbau im niederschlesischen Revier hat weiter steigenden Bedarf an Lehrgeharn, Hauern und teilweise auch Schleppern. Mehrere Hundert von Stellen sind gemeldet. Die Heranziehung von Arbeitskräften aus den übrigen recht entfernt liegenden Bergbaubereichen erscheint nur in geringem Maße möglich, da es vor allen Dingen an Unterküsten mangelt. Im eigenen Bezirk kann der Bedarf nicht gedeckt werden.

In der Industrie der Steine und Erden konnte im Kreis Nimptsch der Bedarf an Steinschlägern nicht gedeckt werden. Die Ziegeleien sind gut beschäftigt.

Die Besserung der Lage im Metallgewerbe hält weiter an. In einzelnen Facharbeiten besteht Mangel.

In der gemischten Industrie ist die Arbeitsmarktlage unverändert.

Im Spinnstoffgewerbe nimmt die Besserung erfreulicherweise ihren Fortgang. Im Waldenburger, Görtlicher und Landeshüter Bezirk kann der Bedarf an Webern und Webertinnen nicht aus dortigen Arbeitskräften gedeckt werden.

Die papierverarbeitende Industrie und die Lederindustrie sind größtenteils gut beschäftigt.

Im Holzgewerbe haben die Lichte-Hofmann-Saushammer-Werke in Breslau größere Einkellungen von Steinhauern vorgenommen.

In der Nahrungs- und Genußmittelindustrie hat in den Getreide- und Sauerstofffabriken, insbesondere im Bezirk Biognitz, die Saison begonnen. Die große

Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften konnte auch nicht annähernd gedeckt werden, jedoch noch eine ganze Anzahl von Arbeitsstellen offen sind.

Im Bekleidungs-gewerbe ist die Konjunktur gut; arbeitsuchende Konfektionshelfer sind in Breslau nicht mehr vorhanden, der Bedarf wird aus der Währungsbeleg. Näherinnen für Damen- und Herrenkonfektion sind sehr gesucht.

Das Baugewerbe hat alle verfügbaren Arbeitskräfte reiflos aufgenommen. Nur einzelne Spezialarbeiter, wie Stuckateure, Ofenleher usw. suchen noch Beschäftigung.

Im verschiedenen Gewerbe und in der Gast- und Schankwirtschaft ist die Lage unverändert.

Im Bergbau erlitten die meisten hier in Frage kommenden Arbeitskräfte den Arbeitsmarkt ganz erheblich. Auch in den Hausgewerbetrieben besteht weiterhin große Nachfrage.

Die niederschlesische Steinkohlenproduktion lag im Juni auf 45.586 Tonnen gegen 41.989 Tonnen im Juni 1926 und 43.880 Tonnen im Juni 1913. Arbeitsmäßig wurden 17.621 Tonnen gefördert gegenüber 15.997 Tonnen im Juni 1926 und 17.899 Tonnen im Juni 1913. Die Koksgewinnung belief sich im Juni 1927 auf 22.517 Tonnen, im Juni 1926 auf 68.348 Tonnen und im Juni 1913 auf 76.812 Tonnen. Die tägliche Koksgewinnung betrug 2417 Tonnen im Juni 1927, 2278 Tonnen im Juni 1926 und 2560 Tonnen im Juni 1913. An Briketts wurden im Juni 1927 17.219 Tonnen hergestellt gegen 17.063 Tonnen im Juni 1926 und 7323 Tonnen im Juni 1913. Die arbeitsmäßige Brikettgewinnung belief sich im Juni 1927 auf 699 Tonnen, im Juni 1926 auf 656 Tonnen und im Juni 1913 auf 289 Tonnen. Die Gesamtarbeiterzahl betrug im Juni 1927 27.944 Mann, im Juni des Vorjahres 27.404 Mann und im Jahresdurchschnitt 1913 23.878 Mann. Die Lage des Kohlenmarktes zeigt gegenüber dem Vorjahre keine Veränderungen auf. Das Geschäft im Hausbrandkohle liegt weiter still. Nur sehr langsam gehen die Bestellungen der Hausbesitzer ein. Die Halberstädter in Koffeln haben eine geringe Steigerung erfahren. Die Belegung auf dem Absatzmarkt ist fast ganz erhalten, von billigen Sammelbestellungen zum Zwecke der Beschaffung hier und im Ausland ist nichts zu hören. Im Ausland hat sich im Juli und August keine größere Nachfrage eingestellt. Die Nachfrage

Chlorodont

Die herrlich erfrischende Pfeffermünz-Zahnpasta von höchster Reinheit entfernt natürlich gefärbten Zahnpulver.

50 Pfg. Tube (Vorkriegspreis) 1/2 l. Tube

Achten Sie bitte bei billigen Zahnpasten auf die gelbe Chlorodont-Verpackung!

Das große Los unter Kontrolle.

Am Mittwoch morgen um 8 Uhr begann in Berlin im Gebäude der Generaldirektion der preussisch-süd-deutschen Klassenlotterie die Hauptziehung der fünften Klasse. Der Andrang des Publikums war diesmal so stark, daß der Saal bald überfüllt war und die Türen geschlossen werden mußten. Täglich sind 4000 Lose zu ziehen. 2000 am Vormittag und 2000 am Nachmittag. Da es sich um 350 000 Lose handelt, die ein Gewicht von 4 Zentnern haben, so wird die Ziehung voraussichtlich 27 Tage dauern. Insgesamt werden 208 000 Gewinne erwartet, von denen allerdings die Mehrzahl nur sogenannte Einspargewinne sind, die ein Freilos für die nächste Ziehung gewähren. Wenn 100 Lose gezogen sind, findet eine Ablösung der die Ziehung ausführenden Beamten statt und die Lose im Vorstad werden neu durcheinander geschüttelt. Soweit Leute den Saal verlassen haben, werden neue aus der Zahl der nachdrängenden hereingelassen.

Seit 8 Jahren verschwunden.

Die Wobinspektion der Berliner Kriminalpolizei beschäftigt sich gegenwärtig mit dem rätselhaften Verschwinden der 35 Jahre alten Tochter Hildegard des Gewerbelehrers Fritz Heine in Götting. Das Mädchen war 1919 seit 10 Jahren als Reamitin bei der Post angestellt und hatte sich in der ganzen Zeit nichts zurechnen lassen. Am 20. Oktober hatte sie nachmittags nach Dienstschluß einen Spaziergang unternommen und war abends um 7 Uhr nach Hause zurückgekehrt. Ehe sie das Abendbrot, das herbeistand, einnahm, entfernte sie sich noch einmal, um, wie sie erklärte, noch rasch eine Postkarte in den Briefkasten zu werfen. Von diesem Ausgange ist das Mädchen nicht mehr zurückgekommen. Dabei hatte sie ausdrücklich erklärt, gleich wieder da zu sein, und hatte weder Hut noch Mantel noch Handtasche oder irgendwelchen Fremding mitgenommen. Neue Nachforschungen haben bisher nicht die geringste Spur von dem Verbleib der Vermissten gegeben. Da unter diesen Umständen angenommen werden muß, daß das Mädchen einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist, sind die Nachforschungen jetzt noch einmal von der Landeskriminalpolizei aufgenommen.

Was geschieht mit der Amerika-Flugpost?

Die der „Europa“ mitgegebene Post ist von dem Begleitflugzeug G. 81 nach Dessau zurückgebracht worden. Sowohl die der „Europa“ wie die der „Bremen“ zur Beförderung übergebenen Postsendungen ruhen im Tresor des Dessauer Postamts. Ueber das weitere Schicksal dieser Sendungen trifft das Reichspostministerium die endgültige Entscheidung, und zwar erst dann, wenn die Verhandlungen über den Zeitpunkt eines neuen Starts der Junkers-Biplane abgeschlossen sein werden. Führen diese Verhandlungen zu dem Ergebnis, daß in nächster Zeit von neuem geflogen wird, dann werden diese Sendungen, wie ursprünglich vorgesehen, auf dem Luftwege befördert werden. Im anderen Falle wird voraussichtlich die Rückgabe an die Absender erfolgen, falls diese nicht bestimmen, daß die Beförderung auf dem Seewege geschieht.

Die neue Sachlichkeit.

Unter dieser Ueberschrift berichtet die „B. Z. am Mittag“ folgendes Berliner Erlebnis: „Meine Schwester sucht ein möbliertes Zimmer. In einem Haus nahe dem Anhalter Bahnhof hat sie mit einer Wirtin folgenden Dialog: „Haben Sie einen Freund?“ „Nein!“ „Na, dann hat's gar keinen Zweck, daß Sie sich das Zimmer ansehen. Für Sie allein ist es ja doch zu teuer!“ Und knallt die Türe zu.“

Schweres Autounglück — sechs Tote.

In Igensdorf bei Forchheim ereignete sich am Montagabend ein schweres Autounglück, bei dem sechs Personen den Tod fanden. Ein aus Leipzig kommendes Auto fuhr mit sehr scharfer Geschwindigkeit durch Igensdorf und stieß an einer Kurve auf einen Neubau mit solcher Wucht, daß drei Personen herausgeschleudert und die weiteren drei Insassen erdrückt wurden. Alle sechs Personen waren auf der Stelle tot. Das Auto ist vollständig zertrümmert.

Ein Schülerdrama vor Gericht.

Vor dem Jugendgericht in Speyer wurde Dienstag ein Schülerdrama verhandelt, das sich am Pfingstmontag dieses Jahres zugezogen hatte. Angeklagt war der 16jährige Formerlehrer Philipp Herbel, der aus Effermühl den 15jährigen Vorbildungsschüler Julius Fritsche erschossen hatte. Herbel wurde wegen Totschlags und gefährlicher Körperverletzung zu 2 Jahren 7 Monaten Gefängnis verurteilt. Ein Mitangeklagter, ein Metzgerlehrling, erhielt wegen Beihilfe 3 Monate Gefängnis.

Zwei Raubüberfälle.

In der Umgegend von Göttingen fanden zwei Raubüberfälle statt, die offenbar zusammenhängen. Der eine erfolgte am Freitagabend in der Nähe von Göttingen. Dabei wurde ein junger Mann auf der Flucht von einem Räuber durch einen Schuß in den Oberkörper verletzt. Der zweite Raubüberfall geschah am Montagabend bei Wiesensteig auf dem Landstrasse einer Raubmühe. Vier Gestalten sprangen aus dem Gebüsch heraus und gerammelten Lichter und Scheinwerfer. Bei dem sich entzündenden Kampf drang der Autoführer demüthlos zusammen. Durch Motorabfahrer wurden die Räuber an der weiteren Verfolgung ihrer Ziele verhindert und flüchteten.

Reise einer 92jährigen im Flugzeug.

Die erste Auslandsreise trat heute Frau Elisabeth Reeves an, und zwar im Alter von 92 Jahren und per Flugzeug nach Köln. In ihrer Begleitung befindet sich ihr Enkel. Vor dem Start erklärte sie, daß sie wirklich gar nicht nervös ist, gestand aber, daß sie mit Schläuchen Whisky zur Stärkung zu sich genommen hat. Eine ihrer Schwestern ist 108 Jahre alt geworden, eine andere 94, während ihr Bruder „vorzeitig“ im 85. Lebensjahre gestorben ist. Frau Reeves beabsichtigt, von Köln aus eine Rheinreise zu unternehmen und ihre erste Auslandsreise mit einem Besuch in Paris zu beschließen.

Junge Witwen in Preußen.

Unter den 2687 Mädchen, die in Preußen im Jahre 1925 im Alter von 17 bis 18 Jahren heirateten, befanden sich bereits zwei Witwen und eine geschiedene Frau. Im Alter von 18 bis 19 Jahren heirateten 7142 Mädchen, unter denen sich zwar keine Witwe, aber vier geschiedene Frauen befanden. Bemerkenswert ist, daß alle 262 jungen Männer, die unter 19 Jahren heirateten, zum ersten Male eine Ehe schlossen, hingegen befand sich unter den 1398 Eheandidaten bis zu 20 Jahren ein Witwer, unter den 4102 Ehemännern zwischen 20 und 21 sogar vier Witwer. Aber im Gegenjah zur Weiblichkeit war keiner von ihnen allen geschieden.

Selbstmord eines Arztes.

Ein Kölner Arzt verübte aus Gram darüber, daß vor einigen Tagen durch seine Unachtsamkeit sein dreijähriges Kind von der Straßenbahn überfahren und erheblich verletzt wurde, in seiner Wohnung Selbstmord.

Zum Brande des Gasthofes „Zum goldenen Hirschen“.

Die bei dem Brande des Gasthofes „Zum goldenen Hirschen“ in Hüllgau schwer verletzte Johanna Wasia ist ihren Verletzungen erlegen. Damit hat sich die Zahl der Todesopfer des Brandunglücks auf vier erhöht. Alle übrigen Verletzten befinden sich außer Lebensgefahr.

Grabmalshändlung in Belgard.

In der Nacht zum Mittwoch wurden auf dem an der Körner-Graben gelegenen Friedhof fast alle Grabdenkmäler umgeworfen und zum Teil zerbrochen. Zahlreiche Grabstätten wurden zerstört, so daß der ganze Friedhof den Eindruck eines Trümmerfeldes macht.

Die Ehefrau erschossen.

In Halle erschoss der aus Amerika zurückgekehrte 30 Jahre alte Kaufmann Reinhold Beder seine 22 Jahre alte Frau und Mutter zweier Kinder, weil sie es ablehnte, ihm über den Ozean zu folgen. Nach der Tat ist Beder geflüchtet.

Absturz im Stillupstal.

Der Landwirt und Photograph Karl Schumacher aus Bieren (Tirol) hatte sich im August 1920 nach Zell im Pföllertal begeben, das er am 8. August verließ, um das Stillupstal zu besuchen. Von diesem Ausflug war er nicht zurückgekehrt und galt als verschollen. Jetzt wurden nun am Fuß der hohen, steilen Sonnwand des Trifseners im Stillupthal (Pföllertalgründe) Ueberreste eines Menschen, zuerst Kleider, dann nach genauer Untersuchung auch Körperteile einer verwesten Leiche gefunden, die zum Teil von Moränensteinen überdeckt waren. Rumpf und Beine, auch die Arme, lagen von den übrigen Resten getrennt. Es muß also ein furchtbarer Sturz von der Sonnwand gewesen sein, der das Knochengestück vollkommen zertrümmerte. Die Erhebungen ergaben die völlige Gewißheit, daß es sich um Schumacher handelt.

Große Waldbrände in Frankreich.

In Frankreich und auf Korsika haben Waldbrände, deren Entstehung auf die Nachlässigkeit von Schäfern beim Abtreiben der Weiden zurückgeführt wird, gewaltigen Umfang angenommen. Betroffen ist vor allem die Gegend von Toulon, wo zahlreiche Dörfer von den Flammen bedroht sind, zumal ein starker Sturm weht. Auch Cannes ist fast vollkommen von Brandherden umgeben. Die Dörfer Nuribeau und Pegomas mußten geräumt werden, nachdem mehrere Häuser eingestürzt waren. In der Eisenbahnstrecke Cannes—Grasse sind ebenfalls mehrere kleine Ortschaften schwer vom Feuer heimgesucht worden. Zur Eindämmung der Brände ist Militär aufgeboten. Auf Korsika haben die Waldbrände ebenfalls solchen Umfang angenommen, daß vielfach die Telefon- und Telegraphenverbindungen unterbrochen sind und der Zugverkehr stellenweise eingestellt werden mußte. Auch hier wurden zur Unterstützung der Bevölkerung Truppen und Gendarmen aufgeboten.

Abgelehnte Ehefrau.

Wochenlang hatte die dänische Presse ihren Lesern erzählt, daß der englische Luftfahrminister zur Luftfahrtausstellung nach Kopenhagen kommen werde. Dieser Tage landeten nun drei englische Flugzeuge mit dem Minister in dem Hafen von Esbjerg. Zum Empfang waren Ehrenporten aufgestellt und der Bürgermeister, der Stadtkommandant und ein Vertreter der Regierung aus Kopenhagen hatten sich auf dem Quai mit dem Piloten in der Hand eingefunden. Aber der englische Luftfahrminister weigerte sich einzusteigen, sein Flugzeug zu verlassen. Das Ziel seiner Reise sei Norwegen und nicht Dänemark. Der Hafen Esbjerg sei lediglich als Benzinstation angelassen worden. Allen Lebenswichtigen Angelegenheiten zum Trotz flogen die drei englischen Flugzeuge sofort nach der Einnahme von Benzin wieder ab, jedoch ohne die erwartete Begrüßung nach Hause gehen und die Esbjergs Honoratioren das bereite Gastmahl ohne Ehrengeißel verpassen zu müssen.

2 Millionen Mark für ein Pferd.

Der Hengst „Call-Boy“ der in diesem Jahre das britische Verby gewann, ist, wie der Testamentverwalter des verstorbenen Besitzers, Herrn Frank Curzon, mitteilt, für 80 000 Pfund (12 Millionen Mark) an Sir J. Mallaby-Deeley verkauft. Ursprünglich war beabsichtigt, alle Rennpferde des verstorbenen Mr. Frank Curzon auf einer Auktion zu Newmarket im Oktober dieses Jahres zu verkaufen, und da eine Gefahr bestand, daß „Call-Boy“ ins Ausland ging, so kaufte Sir Mallaby-Deeley das Pferd. Sir Mallaby ist übrigens ein Bruder des Militer Frank Curzon.

Eine lähne Befreiung.

Aus der Frauenstrafanstalt in Zagreb (Jugoslawien) gelang es der 25jährigen, wegen ihrer Schönheit und Berwegenheit berühmten Montenegroinerin Stoja Markovic, mit Hilfe ihres Bruders zu entfliehen. Das Mädchen war zu 20 Jahren Kerker verurteilt, weil sie an der Spitze einer Räuberbande gestanden hatte, von der in den Bergen ein Gendarm erschossen worden war. Die Verurteilte hatte bereits zwei Fluchtversuche unternommen, als sie im Mai 1928 in die Frauenstrafanstalt Zagreb eingeliefert wurde. Hier verstand sie es, mit der Zeit das Vertrauen der Vorsteherin der Strafanstalt zu gewinnen. Mehrmals hatte sie das Mädchen sogar zu Spaziergängen in die Stadt mitgenommen. Vor einem Monat war der Bruder, der Lehrer von Beruf ist, nach Zagreb gekommen und hatte der Schwester im Gefängnis einen Besuch abgestattet. Am Sonntag stellte er sich wieder ein, um vor seiner Rückkehr in die montenegroische Heimat von seiner Schwester Abschied zu nehmen. Die Aussprache zwischen den beiden Geschwistern fand in Gegenwart der Vorsteherin im Besuchszimmer statt. Beim Abschied umarmten sich Bruder und Schwester auf dem Korridor, während die Vorsteherin das Tor öffnete. Plötzlich schloß sich das Mädchen zur bereits aufgeschlossenen Türe und gleichzeitig verfehlte der Bruder der Vorsteherin einen Schlag, so daß sie zu Boden taumelte. Seitdem sind die beiden spurlos verschwunden.

Munitionsexplosion in Rumänien.

In der Infanterie-Kaserne in Galatz ereignete sich eine schwere Explosion des im Hofe untergebrachten Munitionsdepots, die fünf Stunden andauerte. Zum Glück gelang es, die Menschen rechtzeitig in Sicherheit zu bringen und größeres Unheil zu verhüten. Nur ein Offizier und ein Soldat wurden schwer verletzt. Die Explosion wird auf einen verbrecherischen Anschlag zurückgeführt, dem politische Motive zugrunde liegen sollen. Angeblich haben sich abends um 9 Uhr zwei Reiter dem Munitionsdepot genähert und auf die Wache fünf Schüsse abgegeben. Eine Spur der dann flüchtenden Reiter ist aber nicht gefunden worden. In Verbindung mit dem Anschlag sind zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden.

Schlag auf einen Schnellzug.

In der Nähe des bulgarischen Dorfes Kadovane an der Bahnlinie Sofia—Warna überfielen vier Räuber den Eisenbahnwärter und fesselten ihn. Dann versuchten sie durch Umstellung der Signale den Schnellzug zum Halten zu bringen, was ihnen jedoch mißlang. Die Wache hatte es zweifellos auf eine Ausplünderung der Reisenden abgesehen.

Ueber dem stillen Ozean.

Auf dem Flugfeld von San Francisco haben am Dienstagabend in Gegenwart von rund 100 000 Menschen 8 Flugzeuge das Ozeanflugrennen Amerika—Hawaii unternommen. Das Rennen geht um einen Preis von 75 000 Dollar, den der Ananaskönig Dole aus Hawaii gestiftet hat. Bereits während des Startes stiegen zwei Maschinen zusammen und erlitten so starke Beschädigungen, daß sie ausscheiden mußten. Zwei weitere Flugzeuge kehrten nach kurzer Zeit wegen Motordefekts zum Flugplatz zurück. Das Rennen über die etwa 4000 Kilometerstrecke wird also nur von vier Maschinen bestritten, darunter der einzige weibliche Teilnehmer am Wettflug, Miss Doran, während ursprünglich 17 angemeldet waren. Ueber die Flugstrecke sind mehrere Kreuzer stationiert, um die Flugzeuge zu beobachten und eventuell Hilfe zu leisten. In Honolulu ist für die Flieger ein großer Empfang vorbereitet.

Der erste transpazifische Wettflug. — Ein Eindecker abgefeuert.

Dienstag mittag fand von Oakland (Kalifornien) aus der erste transpazifische Wettflug statt. Die Preise für die Flieger sind von dem Millionär Dale gestiftet. Eine riesige Menschenmenge wohnte dem Start bei. Als erstes Flugzeug startete der Eindecker „Vilahoma“ zum Wettflug nach Hawaii. Der Eindecker „Clonto“ stürzte kurz nach dem Start ab. Eine Tragfläche wurde beschädigt. Die Insassen wurden nicht verletzt. Das Unglück wird auf starken Seitenwind beim Start zurückgeführt. Infolge des Sturzes der „Clonto“ wurde der Start von sieben weiteren Flugzeugen stark verzögert.

Diamantenrennen in Südafrika.

In Welverdiend bei Lichtenberg (Südafrika) wurde dieser Tage ein neues Rennen nach Diamantenfeldern veranstaltet, an dem sich 5000 Läufer, darunter 18 Frauen, beteiligten. In das Gebiet, das das Ziel des Laufens darstellte, war ein großes Polizeiaufgebot entsandt worden, um Zwischenfälle zu vermeiden.

Ein Massenmörder nach dem Tode entlarvt.

In Sibirien starb im Alter von 88 Jahren ein Pole namens Domishenko, der vor 80 Jahren aus Polen verbannt worden war. In Sibirien hatte er sich als Wirt niedergelassen, dessen Schnapskeller vor allem von wandernden Reisenden viel besucht wurde. Nach seinem Tode hat die Polizei jetzt eine furchtbare Entdeckung gemacht. In einer großen Truhe fanden sich die Skelette von etwa 70 Menschen und 6 Fässer entleerten eingepökeltes Menschenfleisch. Der Wirt, der ob seiner Höflichkeit weit und breit bekannt war, hat also zweifellos einen großen Teil seiner Gäste als Speise opfert, das Fleisch zerarbeitet und es den anderen Besuchern seiner Kasse vorgesetzt. Zahlreich war seine Kasse bekannt wegen Pasteten, die er zu verkaufen pflegte. Diese bestanden aus den neuesten Entdeckungen des Menschenfleichs. Wie viele Opfer dieser Massenmörder auf dem Gewissen hat, läßt sich kaum mehr feststellen. Die Ermittlungen erstrecken sich über Jahrzehnte.

Der Reichsbanneritag in Leipzig.

120 000 Reichsbannerleute nahmen an der Verfassungsfeier der größten republikanischen Vereinigung, die der Bundesrat nach Leipzig einberufen hatte, teil. Die Feiern erreichten ihren Höhepunkt in einer Massenabgebung auf dem Augustusplatz, wo Führer aller republikanischen Parteien mit Begeisterung aufgenommene Angehörige hielten. Bundespräsident Haeckel nahmen den Bundesmarsch des Festzuges ab, der über zwei Stunden dauerte.